

30. Januar

1 / 2020

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ Die Lizenz zum Geldausgeben – Haushalt 2020/2021 +++ Problemwolf erreicht Landtag +++ Ringen um Klinikstationen +++ „Original Play“: Kein Verbot +++ Mehr Geld für ÖPNV +++ Mehr Südbahn gefordert +++ Tatverdächtige und ihre Herkunft +++ Sternsingerempfang +++ Eine Kirche in Staatsbesitz +++



Titelfoto: Uwe Sinnecker

3	Gastkolumne	Frank Pfaff: „Kalkuliertes Risiko mit Blick auf das Wahljahr“
4–23	AUS DEM PLENUM	
4	Haushalt 2020/2021	Die Lizenz zum Geldausgeben
6–14	Auszüge aus der Original-Debatte	Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Nikolaus Kramer (AfD), Thomas Krüger (SPD), Jeannine Rösler (DIE LINKE), Vincent Kokert (CDU), Finanzminister Reinhard Meyer
14–21	Berichte	Mehr Teilhabe beschlossen Aussprache zu Windenergie Problemwolf erreicht Landtag Ringeln um Klinikstationen Debatte um Chancen im Außenhandel
22–23	Meldungen	Neue Struktur für NordLB 121 neue Bitten und Beschwerden „Original Play“: Kein Verbot Sanktionen bei Hartz-IV Mehr Geld für ÖPNV Aufarbeitung der SED-Diktatur Mehr Südbahn gefordert Tatverdächtige und ihre Herkunft
24–25	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
26–27	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Entwurf eines Landarztgesetzes Beteiligentransparenzdokumentation Wechsel bei Autobahnmeisterei Mehr Schwimmunterricht gefordert
28–29	PANORAMA	Sternsingerempfang Neuer Betreiber bei Schweriner Schloss-Gastronomie
30–31	Das Schloss vor 30 Jahren	Eine Kirche in Staatsbesitz
32	Chronik	

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**  
 - Öffentlichkeitsarbeit -  
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151  
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
 Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:** Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
 Gerhard Reichert, Anna-Maria Leistner

**Layout:** Landtag MV / Uwe Sinnecker

**Druck:** produktionsbüro TINUS  
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten. Redaktionsschluss 10.01.2020

# Kalkuliertes Risiko mit Blick auf das Wahljahr



Foto: privat

Frank Pfaff ist seit vielen Jahren für die Nachrichtenagentur dpa als landespolitischer Sprecher und Leiter des Büros in Schwerin tätig.

■ Es ist ein Schritt in eine neue Dimension. Im Jahr 2020 wird MV erstmals mehr als 9 Milliarden Euro ausgeben. Der Sprung ist gewaltig. Denn mit der Stimmenmehrheit der SPD/CDU-Koalition beschloss der Landtag auf seiner letzten Sitzung im alten Jahr Ausgabensteigerungen im Vergleich zu 2019 von 15 Prozent. Ich kann mich nicht erinnern, dass die Abgeordneten schon einmal ähnlich kräftig draufgepackt haben. Auch 2021 sollen die Ausgaben mit 9,1 Milliarden Euro auf hohem Niveau bleiben. Die Regierungsparteien meinen, gute

um tiefer in die Taschen zu greifen, zumal Geld für schnelleres Internet über Jahre hinweg angespart wurde.

Doch mit dem neuen Haushalt verabschiedet sich MV offenkundig auch von dem ehernen Grundsatz einer vorsichtigen Finanzplanung mit Sicherheitspolster für unvorhersehbare Entwicklungen. Noch im Doppeletat 2018/2019 wird auf die Notwendigkeit eines Finanzpuffers von 200 Millionen Euro verwiesen. Den gibt es nun nicht mehr. Ob Zufall oder nicht: 200 Millionen Euro will das Land in den kommenden vier Jahren

in den ersten 15 Jahren aufgehäuften Milliarden-Schuldenberg schrittweise schrumpfen ließ.

Der Etat 2020/2021 ist auf Kante genäht. Die Wolken am jahrelang lichtblauen Konjunkturm Himmel, die inzwischen auch die Wirtschaft im Nordosten aufziehen sieht, dürfen sich nicht weiter verdunkeln und im Gewitter entladen. Was das bedeutet, musste das Land 2003 erfahren, als die Wirtschaft erlahmte, die Steuereinnahmen einbrachen und damit alle Finanzplanungen passé waren, sogar unplanmäßig hohe Schulden gemacht werden mussten.

Die Regierung geht ins Risiko. Und die Opposition, die mit ihren Änderungsvorschlägen zu den Etatplänen – insgesamt 230 an der Zahl – wieder einmal ins Leere lief, meint auch den Grund zu kennen: 2021 wird in MV ein neuer Landtag gewählt und SPD und CDU hoffen, dann die Früchte ihrer freigiebigen Finanzpolitik in Form guter Wahlergebnisse ernten zu können. Der Logik dieser Argumentation kann man sich wohl nicht ganz verschließen. Doch zeigt die Erfahrung früherer Wahlen, dass Politiker und Parteien höchst selten für Erreichtes gewählt werden, sondern für das, was sie für die Zukunft versprechen. Der finanzielle Rahmen scheint ausgeschöpft. Und man darf gespannt sein, was nach kostenfreier Kita, schnellem Internet oder mehr Polizisten noch an Verheißungen kommen kann.

Frank Pfaff

“ *Der Etat 2020/2021 ist auf Kante genäht.* ”

Gründe dafür zu haben. Mit dem Geld sollen über Jahre aufgeschobene Ausgaben endlich in Angriff genommen werden. Die Investitionsausgaben wachsen von zuletzt 1,15 Milliarden auf 1,74 Milliarden Euro und erreichen damit die höchste Jahressumme seit 20 Jahren. Allein die Kommunen, die lange an der kurzen Leine gehalten wurden, bekommen nun erstmals pauschal 150 Millionen Euro pro Jahr, um Straßen, Brücken, Kitas oder Schulen zu sanieren. Dreistellige Millionen-Summen fließen auch in den Breitbandausbau, bei dem MV getrost zu den Entwicklungsländern gerechnet werden darf, und in die Kinderbetreuung, bei der sich das Land zu den Vorreitern zählt. Als erstes Bundesland stellt MV Eltern von den Kosten frei – von der Krippe bis zum Hort. Ich denke, gute Gründe,

zusätzlich für Bildung bereitstellen. Lehrermangel und marode Klassenzimmer hatten immer häufiger Anlass gegeben zu Kritik durch Eltern, Schüler und Pädagogen. Wohl auch deshalb ließ Ministerpräsidentin Manuela Schwesig den Etat massiv aufstocken. Ob dies mit ein Grund war für Ex-Finanzminister Mathias Brodtkorb (beide SPD), noch während der Etataufstellung das Handtuch zu werfen, darüber darf spekuliert werden.

In der Vergangenheit fuhr MV stets gut damit, seine Etats vorsichtig zu planen. Der Sicherheitspuffer trug in Verbindung mit stetig wachsenden Steuereinnahmen maßgeblich dazu bei, dass das Land seit 2006 keine neuen Schulden machte, die Folgen der Finanzkrise 2008 abfedern konnte, Überschüsse erzielte und den

# Haushalt 2020/2021 beschlossen

Landtag verabschiedet Rekordhaushalt  
Keine Neuschulden geplant

Haushalt 2020/21

■ Mehr als eine Stadionrunde – auf diese Entfernung käme der Haushalt des Landes, würde man seine doppelt bedruckten Seiten im Querformat aneinanderreihen. Das Konglomerat aus Tabellen, Zahlen, Grafiken und Erläuterungen wiegt schwer. Nicht nur, weil alle Teile des Haushaltsentwurfs zusammengenommen rund sieben Kilogramm auf die Waage bringen. Sondern auch, weil der Etat für die kommenden beiden Jahre so hoch ist wie noch nie: Für 2020 stehen Ausgaben in Höhe von knapp 9,4 Milliarden Euro an. Im Jahr darauf sind es rund 9 Milliarden Euro. Die Koalitionsfraktionen sprechen von einem soliden Haushalt, der auf Verlässlichkeit, Innovation und Investitionen setze. Die Oppositionsfraktionen werfen der Koalition vor, über den Einnahmeverhältnissen des Landes zu leben und das solide Handeln ehemaliger Finanzminister zu konterkarieren. Sie stimmten gegen den Haushalt.

Mittwoch, 11. Dezember, 11.03 Uhr. Landtagspräsidentin Birgit Hesse bittet um Geduld. „Der Text, den ich Ihnen jetzt vorlese, wird etwas länger dauern.“ Zweieinhalb Minuten sind es. Dann hat sie alle Drucksachen, die den Tagesordnungspunkt 2 ausmachen, benannt: zwei Gesetzentwürfe, eine Unterrichtung, 17 Beschlussempfehlungen der Ausschüsse und mehr als 70 Änderungsanträge der Opposition.

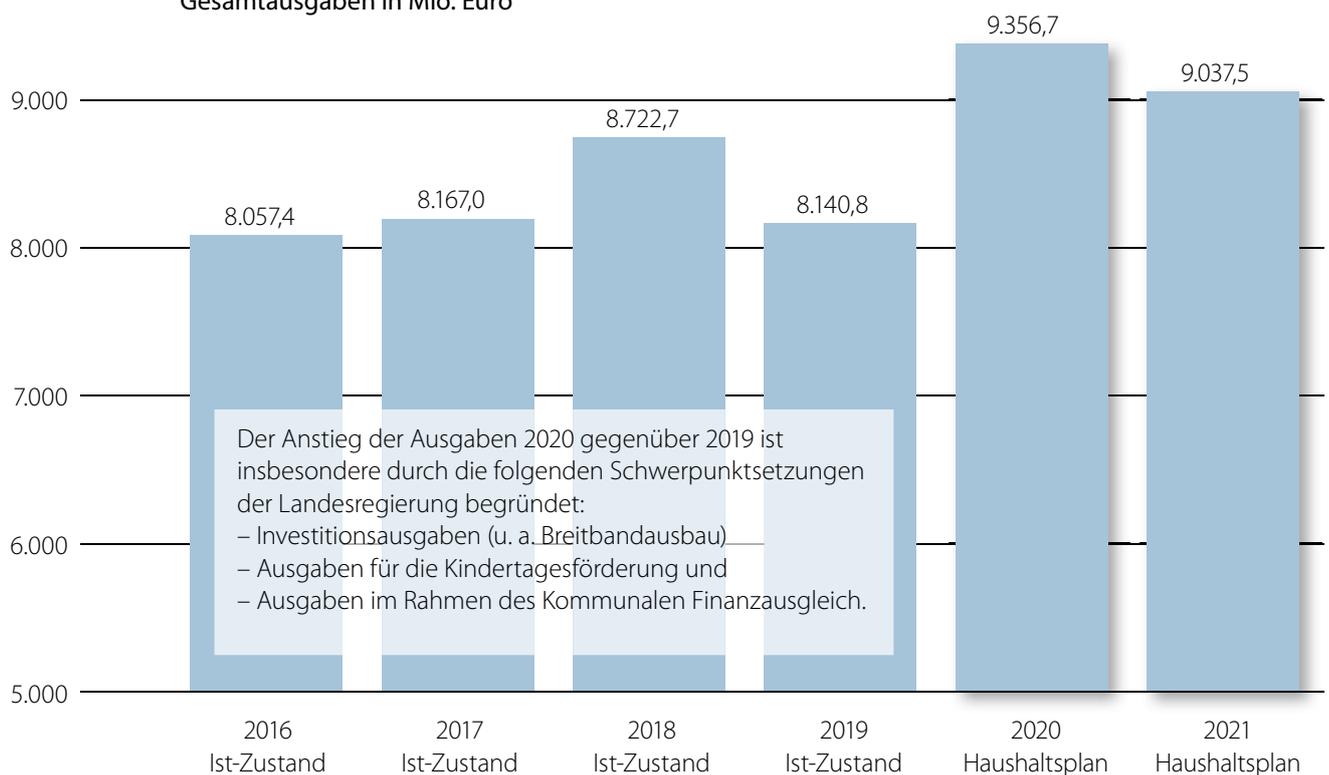
Die Einführung der Landtagspräsidentin lässt es bereits erahnen: Vor den Abgeordneten liegt ein Marathon. In den kommenden Stunden sollen sie die Finanzen für 2020 und 2021 festzurren. Welche Einnahmen erwartet die Landesregierung? Wofür will sie Geld ausgeben? All das ist im Haushaltsplan bis ins kleinste Detail aufgelistet und wird gleich ausführlich im Plenum diskutiert. Denn: Den Haushaltsplan zu erarbeiten ist Sache der Landesregierung, ihn als Gesetz zu beschließen

Aufgabe des Landtages. Wofür die Landesregierung Geld ausgeben möchte, bildet ab, welche politischen Schwerpunkte sie setzt. Der Haushalt ist also in Zahlen gegossene Politik, und – wenn der Landtag ihm zustimmt – die Lizenz, entsprechend Geld auszugeben.

Getragen wird der Entwurf für die kommenden beiden Jahre von drei Säulen: Keine neuen Schulden machen. Bestehende Schulden abbauen. Investieren. „Das ist ein Haushalt mit klaren Schwerpunkten bei Wirtschaft und Arbeit, bei Kitas und Schulen, bei der Finanzausstattung unserer Kommunen und bei der Infrastruktur. Ein Haushalt mit großem Investitionsvolumen“, sagte Ministerpräsidentin Manuela Schwesig.

Mit jeweils mehr als neun Milliarden Euro will das Land 2020 und 2021 so viel Geld ausgeben wie noch nie. Der größte Anteil davon entfällt auf Personalkosten.

Gesamtausgaben in Mio. Euro



Sie betragen 2,3 Milliarden Euro. Die Investitionsausgaben steigen 2020 von 1,15 auf 1,74 Milliarden Euro. Die Ausgaben für die Kinderbetreuung klettern – auch aufgrund der beitragsfreien Kita – von 240 Millionen auf rund 360 Millionen Euro. Für Kommunen ist eine Infrastrukturausbauschale in Höhe von 150 Millionen Euro vorgesehen. In den Breitbandausbau sollen allein in diesem Jahr 250 Millionen Euro investiert werden. Für Feuerwehren soll ein 50-Millionen-Euro-Programm auf den Weg gebracht werden. Um nur einige Eckpunkte zu nennen. Den größten Teil seiner Einnahmen generiert das Land über Steuern und Finanzausweisungen. Unter diesem Posten sind für 2020 gut 6,8 Milliarden Euro kalkuliert – und damit rund 618 Millionen Euro mehr als im Vorjahr. Für 2021 sind sieben Milliarden Euro veranschlagt. „Wir bleiben dem Kurs solider Finanzen nach wie vor treu, investieren aber gleichzeitig in die Zukunft des Landes“, unterstrich Finanzminister Reinhard Meyer.

Mit den Zahlen, die auf mehr als 2800 Seiten zur Abstimmung stehen, haben sich die Abgeordneten in den vergangenen Monaten intensiv auseinandergesetzt. In ihren Fraktionen, im

Finanzausschuss und in allen anderen Fachausschüssen. Neben den Vorschlägen der Landesregierung haben sie auch über Änderungswünsche der einzelnen Fraktionen beraten. Die Oppositionsfraktionen AfD und DIE LINKE stellten zusammen mehr als 230 Änderungsanträge. Zu ihren Hauptkritikpunkten gehörten unter anderem der Stellenplan, die geplanten Sondervermögen und die ihrer Ansicht nach zu geringe Konjunkturrücklage.

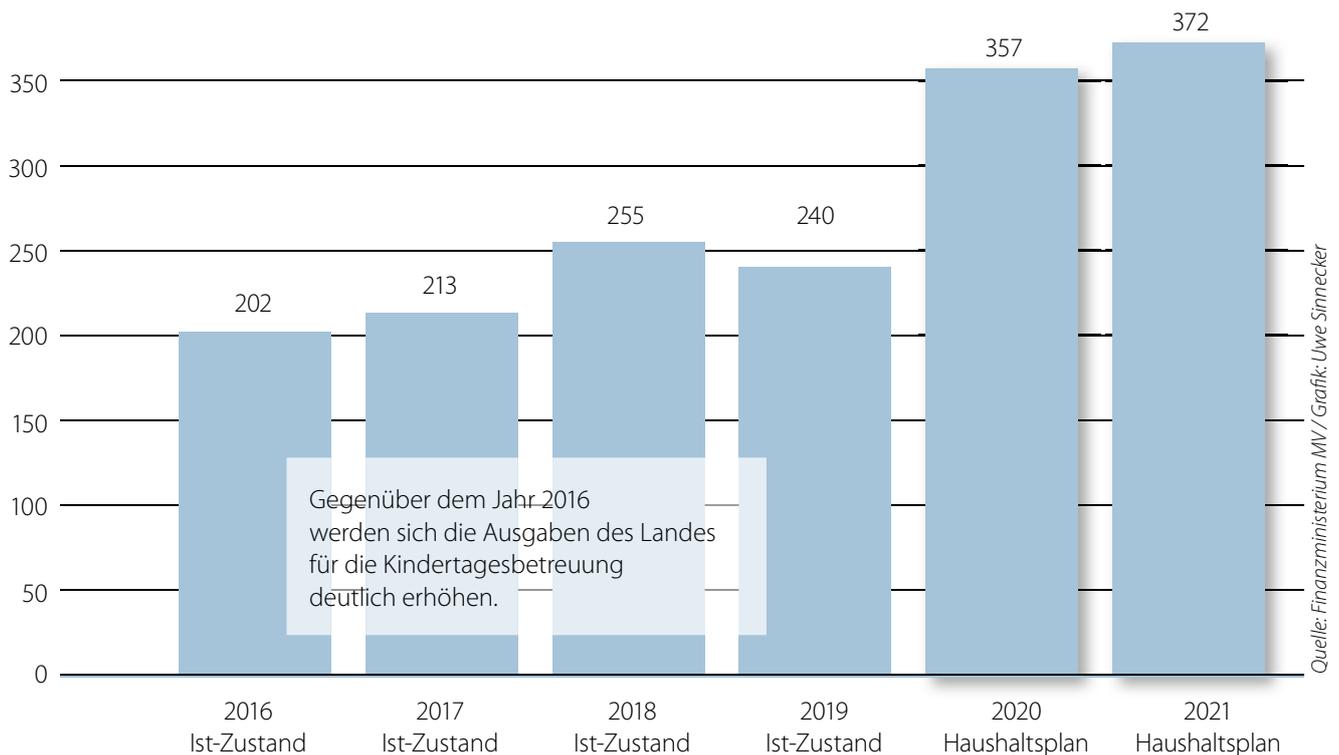
In der Schlussdebatte machten alle Fraktionen fünf Stunden lang noch einmal ihre Positionen deutlich. Erst zum Haushalt im Allgemeinen, dann zu den Plänen für die einzelnen Fachressorts. Redner der Koalitionsfraktionen sehen in ihm „einen Schub für die Landesentwicklung“. Die nicht mehr ganz so robuste wirtschaftliche Situation in Deutschland erfordere es geradezu, mehr zu investieren. Die Opposition sprach vom „schlechtesten Haushalt in der Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns“ und warf der Landesregierung „Schönfärberei“ vor: Viele der angekündigten Gelder verteilten sich auf mehrere Jahre. Nicht zuletzt müssten die Kommunen häufig auch große Summen dazugeben. Zusammenge-

nommen brachten AfD und DIE LINKE noch einmal 71 Änderungsanträge ein.

Kurz nach 16 Uhr sind alle Argumente ausgetauscht. Beate Schlupp, 1. Vizepräsidentin des Landtages, ruft zur Abstimmung. Punkt für Punkt. Wer stimmt dafür? Dagegen? Stimmenthaltung? 45 Minuten lang gehen die Arme der Abgeordneten immer wieder nach oben. Dann ist die parlamentarische Königsdebatte beendet. Und der Haushalt für die kommenden beiden Jahre mit den Stimmen von SPD und CDU, bei Gegenstimmen von AfD, DIE LINKE und der beiden fraktionslosen Abgeordneten beschlossen.

- Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 7/3899
- Beschlussempfehlung Finanzausschuss Drucksache 7/4399
- Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 7/3900(neu)
- Unterrichtung Landesregierung Drucksache 7/3898
- Beschlussempfehlungen Finanzausschuss Drucksachen 7/4400 bis 7/4416
- Änderungsanträge AfD Drucksachen 7/4477 bis 7/4519
- Änderungsanträge DIE LINKE Drucksachen 7/4522 bis 7/4548 und 7/4554

Schwerpunkt: Elternbeitragsfreiheit in Mio. Euro



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Es ist ein Haushalt, mit dem wir unsere solide Finanzpolitik fortsetzen.“

Fotos: Volker Bohlmann



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Heute verabschieden wir den Haushalt für die Jahre 2020/2021 und stellen damit die Weichen für die weitere Zukunft unseres Landes. Das ist ein Haushalt mit klaren Schwerpunkten – für Wirtschaft und Arbeit, für Kitas und Schulen und für Kommunen und für Infrastruktur, also für das ganz konkrete Leben unserer Menschen in unseren Dörfern und Städten, eine wichtige Weichenstellung.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

Es ist ein Haushalt mit großem Investitionsvolumen, 1,7 Milliarden Euro wollen wir allein im nächsten Jahr investieren, und es ist ein Haushalt, mit dem wir unsere solide Finanzpolitik weiter fortsetzen. Mecklenburg-Vorpommern wird auch in den kommenden Jahren ohne neue Schulden auskommen und trotzdem kräftig investieren. Das gehört für uns zusammen: solide Finanzpolitik, keine neuen Schulden, aber auch Spielräume nutzen für Zukunftsinvestitionen, für den Fortschritt in unserem Land.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

Wir sorgen auch vor für schlechte Zeiten. Die Konjunkturrücklage steigt mit dem neuen Haushalt von 400 Millionen Euro auf 500 Millionen Euro. Das ist wichtig, dass wir auch bei möglicher konjunktureller Abkühlung unsere Investitionen weiter fortsetzen können.

Zu den Zukunftsthemen, in die wir gezielt investieren, gehört vor allem die Finanzausstattung unserer Kommunen. [...] Damit werden unsere Dörfer und Städte in den nächsten Jahren 352 Millionen Euro mehr zur Verfügung haben als zum Beispiel 2019. Damit reichen wir ab 2020 insgesamt rund 1,5 Milliarden Euro an die Kommunen weiter und damit können unsere Kommunen gezielt in die Zukunft investieren.

Nikolaus Kramer, AfD:

„Wir leisten uns auch unter allen Flächenländern die relativ größte Ministerialbürokratie.“



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Liebe Landsleute! [...] Wer seine Ausgaben plant, muss ehrlich die eigene wirtschaftliche Lage beurteilen. Tun wir das also! [...] Wir sind das Schlusslicht und wir fallen weiter zurück.

*(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)*

[...] Aber es gibt auch einen Bereich, in dem wir bundesweit Spitze sind, [...] wir leisten uns auch unter allen Flächenländern die relativ größte Ministerialbürokratie. [...] Wir von der AfD wollen diesen Spitzenplatz loswerden. Wir wollen eine leistungsfähige Verwaltung, die den Belangen der Bürger dient. [...]

Getreu unserem Verfassungsauftrag [...] haben wir Ihnen etliche Anträge zur Personaleinsparung in der Staatskanzlei und den Ministerien vorgelegt.

*(Vincent Kokert, CDU: Der sülzt doch nur rum! Da ist doch nicht ein Programm von euch! Null!)*

Gegenüber den Planungen der Landesregierung ergäben sich daraus im Haushaltszeitraum allein bei den Personalkosten Einsparungen von 23 Millionen Euro, [...] Die Landesregierung hat den Pfad der Haushaltsvorsorge und Haushaltsvorsicht verlassen.

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)*

[...] Es ist der schlechteste Haushalt in der Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns,

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe, fraktionslos)*



Foto: Volker Bohmann

weil zukünftige Dauerbelastungen geschaffen wurden. Dieser Haushalt konterkariert,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Das ist schlimmer als bei den LINKEN!)*

dieser Haushalt konterkariert das solide Handeln der ehemaligen Finanzminister [...]

Mit diesem Haushalt nimmt die Regierung einen wirklich großen Schluck aus der Pulle, sie lebt über den Einnahmeverhältnissen des Landes auf Kosten der deutschen Steuerzahler.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arppe, fraktionslos –  
Zurufe von Manfred Dachner, SPD,  
Dietmar Eifler, CDU, und Wolfgang Waldmüller, CDU)*

Meine Damen und Herren, kommen wir zur Innenpolitik und damit vor allem zur Landespolizei.

[...] Es gibt also nicht mal genug Bewerber für das ambitionierte Ziel, die Landespolizei schnell zu verstärken. Deshalb fordern wir seit Langem eine große Marketingkampagne

*(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU: Das ist natürlich mutig!)*

für die verstärkte Anwerbung an der Fachhochschule in Güstrow sowie eine modernere materielle Ausstattung unserer Landespolizei.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arppe, fraktionslos –  
Jens-Holger Schneider, AfD: Genau.)*

[...] Meine Damen und Herren, auch zum Ende dieses Jahres lässt uns die Migrationspolitik der Landesregierung nicht los.

*(Vincent Kokert, CDU: Na endlich!)*

[...] Eine Senkung der Migrationskosten auf Vorkrisenniveau würde den Haushalt allein im Bereich Inneres um über 80 Millionen Euro entlasten.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arppe, fraktionslos)*

[...] Kommen wir zur Bildung. [...] Es fehlen wirksame Schritte zur Verringerung des Lehrermangels. [...] Wichtige Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität sind im Haushaltsplan finanziell nicht unterlegt, wie zum Beispiel die Senkung der Klassengröße, Verringerung der Pflichtstundenanzahl der Lehrkräfte [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Jens-Holger Schneider, AfD: Haben wir alles gefordert. –  
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)*

[...] Es sind vor allem die ideologisch geprägten Experimente an unseren Kindern, die unser Schulsystem in eine

schwere Krise gesteuert haben.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arppe, fraktionslos)*

Dazu zählt der weitverbreitete Übergang von einer Wissens- in eine Geschwätzkultur in den Klassen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)*

Dazu zählen Inklusion und Integration, die vielen Lehrkräften das Leben zunehmend schwerer machen und erhebliche Mittel verschlingen, ohne ausreichend Erfolg zu zeigen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arppe, fraktionslos)*

[...] Schauen wir in den Bereich Soziales!

*(Vincent Kokert, CDU: Oooch,  
auch nichts auf der Tasche!)*

[...] Mit unserem Landespflegefördergeld stärken wir auch gerade Familien, die Herausforderungen der alternden Gesellschaft menschlich und finanziell zu bewältigen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –  
Vincent Kokert, CDU: Sie geben ja auch  
nur Geld aus! Das haben Sie der  
LINKEN gerade vorgeworfen!)*

Haben Sie alles abgelehnt. [...] Egal, wie diese Haushaltsdebatte ausgeht, der eigenen Engstirnigkeit und intellektuellen Dürftigkeit hat die Regierungskoalition jedenfalls schon in den Ausschussberatungen ein eindrucksvolles Denkmal gesetzt.

*(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD)*

Wir von der AfD-Fraktion werden uns davon nicht in der Erfüllung unseres Verfassungsauftrages und in unserer politischen Verantwortung für die Bürger dieses schönen Landes beirren lassen.

*(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)*

[...]– Herzlichen Dank.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD  
und Holger Arppe, fraktionslos)*

Thomas Krüger, SPD:

„Dieser Haushalt mit seinen Rekordinvestitionen [...] ist in Zahlen gegossene Zukunft aus eigener Kraft.“



Foto: Volker Bohmann

Meine Damen und Herren, dieser Landeshaushalt ist ein besonderer Haushalt. Es ist der erste Landeshaushalt nach Auslaufen des Solidarpaktes. Und ich möchte daran erinnern, wo wir finanzpolitisch hergekommen sind. Mecklenburg-Vorpommern war in den vergangenen 30 Jahren massiv von der Solidarität der alten Bundesländer abhängig.

[...]

Meine Damen und Herren, nun ist es so weit, Mecklenburg-Vorpommern steht auf eigenen Beinen. Architekten dieser Politik waren seinerzeit Harald Ringstorff, Sigrid Keler, Erwin SELLERING, Heike Polzin und Mathias Brodtkorb.

[...]

Und, meine Damen und Herren, wenn wir jetzt einen Rekordhaushalt – wiederum ohne neue Schulden – vorlegen können, dann ist es auch das Verdienst dieser langfristig angelegten Finanzstrategie. Diesen Erfolgsweg wird die Koalition auch unter Leitung der jetzigen Ministerpräsidentin, unter Leitung von Manuela Schwesig fortsetzen.

[...]

Meine Damen und Herren, in den beiden kommenden Jahren werden wir jeweils über 2 Milliarden Euro investieren für unsere Schulen, für die Hochschulen, Universitäten, Forschungseinrichtungen, für die Kultur in Mecklenburg-Vorpommern. Wir werden mit über 1 Milliarde Euro unsere Schulen stärken, modernisieren, den Unterrichtsausfall reduzieren, den Lehrerberuf attraktiver gestalten, Schulgebäude sanieren und unsere Schulen weiter fit machen für die Zukunft. Wir schaffen die Gleichheit der Bezahlung für die Lehrerinnen und Lehrer in allen Schulformen. Wer in Grundschulen unsere Kleinsten unterrichtet, leistet eine ebenso wichtige Arbeit wie die Lehrerinnen und Lehrer an allen anderen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern. Deswegen werden die Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen so bezahlt wie an den Regionalschulen und an den Gymnasien.

Wir verbessern auch die Aus-, Fort- und Weiterbildung

*(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)  
für alle Lehrkräfte und Referendare.  
(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)*

Wir geben darüber hinaus Mittel zur Modernisierung, Entbürokratisierung und – wichtig – auch für die Digitalisierung der Schulverwaltungen.

[..]

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt setzen wir für viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern die faktisch größte Lohnsteigerung in der Geschichte unseres Landes um. Wer ein Kind in der Krippe, in der Kita, in der Tagespflege oder im Hort betreuen lässt, muss ab 1. Januar nichts mehr bezahlen. Zehntausende Familien haben künftig jeden Monat Hunderte von Euro mehr zur Verfügung. Dies machen wir mit dem Landeshaushalt möglich. Hierfür setzen wir circa 350 Millionen Euro ein. [..]

Und, meine Damen und Herren, damit stärken wir Familien.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Das Programm hat aber elf Punkte und noch einen weiteren.)*

[..] und sorgen dafür, dass die Familien mehr Geld im Portemonnaie haben. Dies ist auch ein großer Beitrag zur Stärkung der Binnenkonjunktur, denn dieses Geld, wenn die Familien hier investieren können, wird auch die Nachfrage beleben und den Unternehmen des Landes zugutekommen.

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt investieren wir auch massiv in die Infrastruktur unserer Straßen, unserer Häfen und die Datennetze des Landes. Wir stellen in den nächsten beiden Jahren 375 Millionen Euro für die IT und Digitalisierung zur Verfügung. Hinzukommen noch einmal 1,3 Milliarden Euro aus den Bundes- und Landesmitteln für den Breitbandausbau. Und ich will das noch mal betonen: Das ist das größte Investitionsprogramm in der Geschichte dieses Landes.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

[..] Ein stabiles und schnelles Internet ist eben kein Luxus, sondern eine unverzichtbare Grundlage für eine hohe Lebensqualität und eine positive Wirtschaftsentwicklung.

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

[..] und deswegen setzen wir auch 50 Millionen Euro dafür ein, dass Funklöcher geschlossen werden,

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Sie haben jahrelang nichts gemacht! –  
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)*

Meine Damen und Herren, wir stärken auch die Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern. Wir sorgen für mehr Polizei auf der Straße. Wir sorgen dafür, dass unsere Polizistinnen und Polizisten eine bessere Ausrüstung bekommen. Und wir haben dafür gesorgt, dass die Schichtzulage für die Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei, die Tag für Tag, Nacht für Nacht auf der Straße sind, egal bei welchem Wetter, Kälte, Regen, Hitze, dass diese Kolleginnen und Kollegen am Ende des Tages über die Schichtzulage mehr Geld im Portemonnaie haben.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD  
und Vincent Kokert, CDU)*

[..] Und wenn wir mehr Polizisten ausbilden wollen, dann ist es auch klar, dass wir die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow stärken müssen. Wir stärken die Fachhochschule. Hier wird es in Zukunft mehr Mittel geben. [..]

Meine Damen und Herren, auch die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr werden von uns gestärkt. Sie waren es, die im zurückliegenden Sommer im Dauereinsatz waren. Jeder von uns erinnert sich noch, wie es ausgesehen hat in Lübtheen, [..]

Meine Damen und Herren, auch von mir an dieser Stelle noch mal ein ganz herzliches Dankeschön an die großartige Leistung der Feuerwehrleute im letzten, im vergangenen Sommer!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU  
und Eva-Maria Kröger, DIE LINKE)*

Der Einsatz hat aber auch gezeigt, dass wir Nachholbedarf haben. Dieser Nachholbedarf, insbesondere im Bereich der Technik, wird jetzt realisiert. Wir werden 50 Millionen zur Unterstützung der Kommunen geben. Die Kommunen wiederum schaffen dann die neuen Feuerwehrfahrzeuge an. Wir wollen, dass die Feuerwehren sowohl für besondere Lagen, wie beispielsweise den Waldbrand, als auch für die alltäglichen Aufgaben gut gewappnet sind. [..]

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt werden wir auch das finanziell vorbereiten und ermöglichen, was wir mit den Kommunen zum Finanzausgleich verhandelt haben und was wir im Frühjahr dann mit dem Finanzausgleichsgesetz gemeinsam beschließen wollen.

[..] Wir haben seinerzeit miteinander verabredet, dass wir 350 Millionen Euro zusätzlich an die Gemeinden, Städte und Landkreise geben.

Meine Damen und Herren, wir versetzen damit unsere Gemeinden in die Lage, eigenständig mehr zu investieren, ob in Schulen, Kitas, Feuerwehren, Straßen, Gemeindehäusern, Sportstätten, Infrastruktur oder was auch immer. Die Schwerpunkte werden vor Ort gesetzt bei den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, das ist auch gut so.

Mittelfristig muss es uns gelingen, dass wir die Kommunen entschulden, auch dafür gibt es ein Programm.

[..]

Meine Damen und Herren, unser Anspruch als Sozialdemokraten war und ist, dass wir für Mecklenburg-Vorpommern eine Zukunft aus eigener Kraft erschaffen wollen. [...] Dieser Haushalt mit seinen Rekordinvestitionen für Kinder, Familien, Kommunen, Infrastruktur, Sicherheit und unser Bildungssystem ist in Zahlen gegossene Zukunft aus eigener Kraft. Lassen Sie uns gemeinsam an dieser Zukunft bauen! Dieser Haushalt ist die beste Grundlage dafür. – Herzlichen Dank.

**Jeannine Rösler, DIE LINKE:**

„Spieglein, Spieglein  
an der Wand, wer hat  
den schönsten Haushalt  
im ganzen Land?“

Foto: Volker Bohlmann



[..] Gerade mal 50 Millionen Euro stecken Sie jährlich zusätzlich in einen Bereich, der seit Jahren unterfinanziert ist und mit massiven Problemen zu kämpfen hat.

*(Beifall Jens-Holger Schneider, AfD –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

Deshalb proben meine Fraktion und viele andere den Bildungsaufstand, und zwar zu Recht, für mehr Lehrerinnen und mehr Lehrer, für ein Ende des Unterrichtsausfalls, für mehr Deutsch- und Mathestunden. [...] Meine Damen und Herren, wir finden uns auch nicht damit ab, dass sich das Land völlig aus der Verantwortung zieht für den Nahverkehr mit Bus und Bahn. [...] Wir werden nicht ruhen, bis Kinder und Jugendliche landesweit und jederzeit kostenfrei Bus und Bahn nutzen können.

*(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –  
Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und  
Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

[..] Wo Schule, Kita, Bus, Laden und vor allem die jungen Leute weg sind, dafür marode Straßen und Leerstand das Dorfbild prägen, muss endlich etwas geschehen. Aber gerade dort sind den Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern häufig die Hände gebunden und genau dort wollen wir mit einem Regionalbudget unterstützen. [...] Stattdessen wurden Modellregionen auserkoren, wird immer noch verhandelt, was denn überhaupt gebraucht würde, und bleibt für die ländlichen Gestaltungsräume ein geplantes Geld im Strategiefonds liegen. Oder die Mittel werden für ein Mobilfunkprogramm abgezweigt, welches zwar Schlagzeilen produzierte,

*(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)*

aber bisher keine Funklöcher schloss und es auch in absehbarer Zeit nicht tun wird.

*(Thomas Krüger, SPD: Planungsvorhaben dauern.)*

[..] Ich kann nur sagen: Nichts gelernt, wieder eine Chance vertan, um Stadt und Land nicht weiter auseinanderdriften zu lassen!

[..] Meine Damen und Herren, Spieglein, Spieglein an der Wand,

*(Vincent Kokert, CDU: Ach nee, nun ist es doch gut!)*

wer hat den schönsten Haushalt im ganzen Land? Die SPD hat den schönsten Haushalt hier.

*(Thomas Krüger, SPD: Ja.)*

Erklärt sie doch in der „Bürger-Post“ der SPD-Fraktion, Zitat:

*(Vincent Kokert, CDU: Ja, ich hab  
die sogar im Briefkasten gehabt.)*

„Durch die Investitionen in die Kommunen mit einer zusätzlichen Infrastrukturpauschale, einem Entschuldungsfonds“

*(Unruhe vonseiten der Fraktion der CDU –  
Zuruf von Vincent Kokert, CDU –  
Glocke der Vizepräsidentin)*

„und einer umfassenden Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs erhöht sich die Finanzausstattung der Kommunen auf fast 3 Mrd. Euro bis 2021.“

*(Dietmar Eifler, CDU: Schön,  
dass Sie es wiederholen!)*

Das klingt wunderschön, ist aber nur die halbe Wahrheit.

*(Thomas Krüger, SPD:  
Ah, jetzt haben wir die ganze!)*

Vor allem durch mehr Zuweisungen des Bundes, steigende Steuereinnahmen

*(Thomas Krüger, SPD:  
Und das ist dann schlecht, ja?)*

und mehr Geld aus der Neuregelung der Bund-Länder-Finanzierungen

*(Zurufe von Thomas Krüger, SPD,  
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)*

erhöht sich die kommunale Finanzausstattung der Kommunen so oder so, und zwar auch dann, wenn es kein neues FAG geben würde.

*(Thomas Krüger, SPD: Na und?)*

[...] seit Jahren wurde viel zu wenig investiert. Wie in der Bildung wurde bei der Infrastruktur auf Verschleiß gefahren, und so zehren Land, Städte und Gemeinden von der Substanz. Jetzt die Ausgaben für Investitionen hochzuschrauben, ist nun wahrlich keine Heldentat, sondern unumgänglich.

**Vincent Kokert, CDU:**

"Aber man muss sich doch als Opposition nicht nur auf die Position stellen und alles bejammern."

Foto: Volker Bohlmann



Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! [...] ich glaube eben nicht, dass wir demjenigen, [...] – und das ist der Steuerzahler [...] damit drohen sollten, noch mehr Belastung auf ihn zubringen zu lassen, sondern [...], dass wir [...] denjenigen, die jeden Morgen aufstehen und einer geregelten Tätigkeit nachgehen, [...] mehr Wertschätzung gegenüberzustellen und zu sagen, auf euch kommt es in dieser Gesellschaft ganz besonders an. [...]

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja, so ist es.)*

die ziehen den gesamten Karren, weil die zahlen über 90 Prozent der Steuern, [...]  
Deswegen auch mal ein herzliches Dankeschön an diejenigen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)*

Und, [...], vielleicht hätten Sie bei der Haushaltsdebatte [...], auch mal an die denken dürfen?! [...]

Und wenn Sie auf die Zeit von Rot-Rot zurückschauen, [...] waren das die Zeiten [...]

*(Jeannine Rösler, DIE LINKE:  
Wir haben eine gute Basis gelegt.)*

mit der höchsten Neuverschuldung in der Geschichte.

*(Zurufe von Torsten Koplín, DIE LINKE,  
und Jeannine Rösler, DIE LINKE)*

Und deshalb schiebt es sich auch nicht, uns Arroganz, uns Borniertheit vorzuwerfen. [...], sondern Sie hätten sich [...] damit beschäftigen sollen, wo [...] Ihre Akzente in dieser Haushaltsdebatte [...] gewesen sind.

*(Heiterkeit bei Jeannine Rösler, DIE LINKE)*

Sie haben ganz viel kritisiert, [...]

*(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Schauen  
Sie sich unsere Änderungsanträge an!)  
(Heiterkeit und Zuruf von Andreas Butzki, SPD)*

aber man muss sich doch als Opposition nicht nur auf die Position stellen und alles bejammern, [...]

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Haben wir doch. –  
Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)*

[...] Ich hoffe, dass Sie das [...] in der Abstimmung auch deutlich machen, dass Sie [...] darüber abstimmen, wo Sie [...] zustimmen. Das tun Sie nämlich nicht. [...]

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja. –  
Jeannine Rösler, DIE LINKE: Herr Kokert!)*

und das heißt, Sie lehnen mehr für die kommunale Familie ab,

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Neel!)*

Sie lehnen mehr Polizeistellen ab,

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Nein!)*

Sie lehnen mehr Lehrerstellen ab,

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Nein!)*

Sie

*(Nikolaus Kramer, AfD: Fake News! –  
Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)*

Sie lehnen [...] eine Weiterentwicklung in diesem Land ab,

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Heiterkeit bei Christoph Grimm, AfD –  
Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

wie man es sich in den letzten 30 Jahren gar nicht vorstellen konnte.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Jeannine Rösler, DIE LINKE: Das ist ja mal  
sehr pauschal. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)*

[...], aber, [...] muss man [...] sagen, dieser solide Haushalt, [...], das nennt man [...] vernünftige Regierungsarbeit. [...] Aber wissen Sie, was diese Koalition auszeichnet? [...]

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Na?!)*

[...], dass wir die Probleme im Hintergrund klären. [...]

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Oh!)*

Und wir haben [...] über die kommunale Finanzausstattung diskutiert, [...].

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)*

Und da gibt es immer

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)*

unterschiedliche Auffassungen,

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)*

vor allem kann es immer mehr sein.

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)*

[...]. Wir leben [...] davon, dass uns der Bund Zuweisungen gibt, wir leben auch nach wie vor vom Länderfinanzausgleich.

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Richtig!)*

[...]

*(Thomas Krüger, SPD: Also das  
ist das System, Herr Kollege.)*

[...]

*(Thomas Krüger, SPD: In dem  
wir auf eigenen Beinen stehen.)*

[...]

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Bitte.)*

[...], vergessen Sie [...] nicht, welche gewaltige Aufbauleistung wir [...] erfüllen mussten! [...]

*(Jens-Holger Schneider, AfD:  
Das hat doch auch keiner gesagt.)*

[...]

*(Ann Christin von Allwörden, CDU: Doch!  
Doch, das hat jemand gesagt. Doch!)*

Und, [...] die SPD informiert unsere Bürger über die bahnbrechenden Dinge, [...]. Und schön ist, dass er mir auch eins geschickt hat,

*(Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU:  
Wechselwähler! Potenzielle Wechselwähler. –  
Heiterkeit und Zuruf von Thomas Krüger, SPD)*

[...] ich habe es sogar gelesen. [...]

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD –  
Tilo Gundlack, SPD: Oooh!)*

weil die SPD hat leider bei ihren Zahlen so den einen oder anderen Fehler.

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Ui!)*

Ich will da nicht auf jeden eingehen,

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Ui!)*

aber einer, [...]

ist [...], Sie sagen [...], es steigt die kommunale Finanzausstattung auf 1,223 Milliarden. Da müssen wir uns [...] verrechnet haben, weil wir haben ja festgestellt, 350 Millionen Euro geben wir mehr rein, und das heißt, [...] 1,491 Milliarden Euro stecken wir in den kommunalen Finanzausgleich. [...]

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der  
SPD und CDU – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)*

und das sieht man diesem Landeshaushalt auch an, [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)*

[...] Wir unterstützen Investitionen, wir geben viel Geld in Bildung,

*(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Zu spät.)*

[..]. Wir geben ganz viel Geld runter auf die kommunale Ebene, [..],

*(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Auch zu spät.)*

[..]. Wir haben den Wunsch der Bevölkerung, dass die innere Sicherheit auch wieder auf der Straße sichtbar ist, [..]. Und wenn Sie uns jetzt immer Arroganz der Macht vorwerfen, Frau Rösler, [..], diese Arroganz der Macht nennt man im Umkehrschluss auch einfach Demokratie, [..]

*(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:  
Im Ausschuss, Herr Kokert, können Sie nicht einmal  
dazu Stellung nehmen. Da lach ich doch nur!)*

Mehrheiten entscheiden in diesem Landtag über den Haushaltsplan, [..].

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Torsten Renz, CDU: So ist es, Frau Bernhardt.)*

Frau Rösler,

*(Zuruf von Torsten Renz, CDU, und  
Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)*

das, was uns,

*(Torsten Renz, CDU: Laut ist nicht richtig.)*

[..] entgegensteht

*(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Mann!)*

[..], das ist vielleicht die Hypothek, die Sie uns seit Rot-Rot hinterlassen haben.

*(Heiterkeit bei Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)*

[..]

*(Jeannine Rösler, DIE LINKE:  
Das sieht die SPD auch etwas anders. –  
Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)*

[..] wir wollen den nachfolgenden Generationen keine neuen Schulden hinterlassen. [..]

*(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Zu einer  
Generationengerechtigkeit gehört auch eine gute Bildung.)*

Aber die gesamte Klimaschutzdiskussion,

*(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)*

[..] darf natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nicht nur eine ökologische Verantwortung [..] gibt, son-

dern [..] auch eine ökonomische Verantwortung.

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)*

[..] Ich habe manchmal das Gefühl, wenn ich morgens die Zeitung aufschlage, dass an allem Übel die deutsche Industrie schuld ist.

*(Jens-Holger Schneider, AfD: Ja.)*

zum Teil auch die Landwirtschaft, [..].

*(Tilo Gundlack, SPD: Die  
Sozialdemokraten wahrscheinlich.)*

Wir [..] haben ganz viele dieser Probleme selbst mit zu verantworten, [..] ich muss nicht immer zu Aldi fahren und das Hack da kaufen,

*(Beifall vonseiten der Fraktionen  
der SPD und CDU)*

ich kann auch mal zu meinem regionalen Landwirt gehen und ordentliche Nahrungsmittel kaufen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)*

[..] es ist nicht so, dass der Staat der bessere Unternehmer ist. [..]

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:  
Die Landtagskantine kommt noch. –  
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)*

[..]

*(Zuruf von Jens-Holger Schneider, AfD)  
[..]*

*(Jeannine Rösler, DIE LINKE:  
Ach, Schwachsinn!)*

[..] Wenn Sie sagen, mehr Regulierung, sagen wir, mehr Liberalisierung in dem Wirtschaftssystem.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU  
und Nikolaus Kramer, AfD)*

[..], dieser neue Haushalt steht unter folgenden Anstrichen: Er setzt auf Stetigkeit und Verlässlichkeit, [..] auf Innovation und Investitionen. Und das ist genau das Richtige in diesen Zeiten [..]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –  
Zuruf vonseiten der Fraktion der CDU: Jawoll!)*

Finanzminister Reinhard Meyer:

„Das ist republikweit das Markenzeichen für dieses Bundesland und für diesen Landtag.“



Foto: Volker Bohlmann

Erstens. Dieser Haushalt, den wir vorgelegt haben, ist kein Wahlkampfhaushalt. Und [...] wir reden heute auch über die Mittelfristige Finanzplanung und Sie sehen, dass die Investitionen sich fortsetzen, dass wir längerfristig denken. Das ist

vernünftige Politik für die Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

Zweitens. Wir machen eine expansive Haushaltspolitik mit Investitionen. Ja, wir nutzen die bessere Ausstattung aus dem Bund-Länder-Finanzausgleich, wir nutzen die Spielräume, weil, meine Damen und Herren, Sparen allein kein Selbstzweck ist. Wir haben in den vergangenen Jahren sehr konsequent gespart, um uns das leisten zu können, was wir heute tun mit dem Haushalt. Und gleichzeitig, meine Damen und Herren, sind wir solide mit einer schwarzen Null und ausreichenden Rücklagen. [...]

Drittens. Meine Damen und Herren, das Land Mecklenburg-Vorpommern steht dafür, dass wir seit 2006 keine neuen Schulden machen. Das ist republikweit das Markenzeichen für dieses Bundesland und für diesen Landtag.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)*

Und man muss der Fairness halber darauf hinweisen, dass diese erste Marke 2006 „keine neuen Schulden“ natürlich schon bei Rot-Rot angelegt war.

*(Thomas Krüger, SPD: So ist das.)*

## Mehr Teilhabe beschlossen

Neue Regeln zum Bundesteilhabegesetz gelten ab Januar / Frage der Finanzierung noch offen

■ Ein Gesetz beschließen, dessen Finanzierung noch nicht abschließend geklärt ist? Für die Opposition kam das nicht in Frage. Den Beschluss verschieben? Dann würden ab Januar viele Menschen mit Behinderungen die ihnen zustehenden Leistungen nicht erhalten, entgegneten SPD und CDU. Grund für den Disput war das Bundesteilhabegesetz. Um zum Jahresbeginn 2020 in weiteren Punkten in Kraft treten zu können, mussten auch die Länder gesetzliche Anpassungen vornehmen. Im Kern geht es darum, Menschen mit Behinderungen mehr Teilhabe und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Nach fast zweistündiger Debatte wurde das Landesausführungsgesetz mit den Stimmen von SPD und CDU verabschiedet.

„Der Sozialausschuss hat den Gesetzentwurf in vier Sitzungen und einer öffentlichen Anhörung beraten“, berichtete dessen Vorsitzender, **Torsten Koplin**. Er betonte, dass alle Anzuhörenden die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes grundsätzlich begrüßt, unter anderem aber auch den erhöhten Personalaufwand deutlich gemacht hätten. Im Ergebnis seiner Beratungen habe sich der Ausschuss auf eine Entschließung verständigt, die die Landesregierung auffordere, in den Konnexitätsverhandlungen zügig zu einem Ergebnis zu kommen. Er erklärte, dass sich AfD und DIE LINKE an der Abstimmung im Ausschuss nicht beteiligt hätten. Beide Oppositionsfraktionen hätten sich dagegen gewandt, den Gesetzentwurf ohne eine abschließende Regelung zum Mehrbelastungsausgleich zu verabschieden.

Sozialministerin **Stefanie Drese** warb in der Zweiten Lesung darum, das Gesetz wie geplant zu verabschieden. Für eine fristgerechte Umsetzung sei das unabdingbar. Sie bedauerte, dass Land und Kommunen hinsichtlich der Finanzen bislang keine Einigung erzielt hätten. Die Kommunen hätten jedoch erst sehr

### Hintergrund

Mit dem Gesetz werden den Landkreisen und kreisfreien Städten zusätzliche Aufgaben übertragen. Dieser Mehraufwand muss ihnen nach dem Konnexitätsprinzip erstattet werden. Über die Höhe haben Land und Kommunen bisher allerdings keine Einigung erzielt. Das Land bietet 4,228 Millionen Euro. Die Kommunen fordern das Vier- bis Fünffache.



Mit dem Bundesteilhabegesetz soll verhindert werden, dass sich Menschen ausgegrenzt fühlen.

Foto: Cornelius Kettler

spät überprüfbare Zahlen vorgelegt. „Dafür dürfen wir die Menschen mit Behinderungen nicht in Geiselschaft nehmen.“ Sie begrüßte den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, die im Gesetzentwurf ursprünglich vorgesehene Summe um knapp 600.000 Euro auf 4,228 Millionen Euro zu erhöhen. Das entspreche rund 60 zusätzlichen Stellen für die Sozialämter im Land und einem Fallschlüssel von rund 120 Leistungsbeziehern je Sachbearbeiter. Das sei ein faires Angebot. Sie hoffe nach wie vor auf eine einvernehmliche Lösung mit den Kommunen. „Meine Tür ist weiterhin offen für konstruktive Gespräche mit den kommunalen Landesverbänden.“

**Thomas de Jesus Fernandes** (AfD) warf den Regierungsfractionen Selbstherrlichkeit vor. Seit Jahren sei bekannt, dass das Gesetz komme – und nun werde es mit heißer Nadel durchgedrückt. „So können Sie mit der Bevölkerung nicht umgehen. Und so können Sie auch mit der Opposition nicht umgehen.“ Konnexitätsverhandlungen seien laut Landesverfassung ein unbedingter Bestandteil der Gesetzgebung. „Was wollen Sie jetzt eigentlich von uns? Dass wir ein

verfassungskonformes Gesetz auf den Weg bringen oder dass wir uns hier aufs Glatteis begeben?“ Zu behaupten, ohne Beschluss gebe es ab Januar kein Geld mehr, sei Erpressung. „Es gibt einen Rechtsanspruch. Wenn die Landesregierung nicht liefert, obwohl der Termin für die Umsetzung seit Langem feststeht, dann hat jeder Mensch mit Behinderung und haben die Kommunen ein Klagerecht gegen das Land.“

Die Kommunen sachgerecht personell auszustatten – das sei ihrer Fraktion wichtig, betonte **Maika Friemann-Jennert** (CDU). „Wir stehen an der Seite der Kommunen“, sagte sie mit Blick auf den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, der das finanzielle Angebot des Landes um 600.000 Euro erhöhe. „Uns allen ist bewusst, dass die Bedarfe der kommunalen Seite darüber liegen werden.“ Das Gesetzgebungsverfahren anzuhalten, wäre jedoch mit unververtretbaren Risiken verbunden. „Das würden die Leistungserbringer, also die Träger der Eingliederungshilfe, ausbaden müssen, die dann nicht an ihr Geld kommen würden.“ Auch wenn das Vorgehen außergewöhnlich sei: „Wir sind es den

## Stichwort: Bundesteilhabegesetz

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) sieht für Menschen mit Behinderung mehr Teilhabe und Selbstbestimmung vor. Es wurde im Dezember 2016 im Bundestag beschlossen und tritt bis 2023 in vier Stufen in Kraft. Die ersten beiden führten 2017 und 2018 unter anderem dazu, dass ein Reha-Antrag ausreicht, um Reha-Leistungen verschiedener Träger zu erhalten und Personen, die in einer Werkstatt für behinderte Menschen arbeiten, mehr Arbeits-Förderungsgeld erhalten. Im Januar 2020 wurde die vorletzte Stufe eingeführt. Sie sieht unter anderem folgende Änderungen vor:

- Menschen mit wesentlichen Behinderungen können freier entscheiden, wo sie leben wollen und von wem sie welche Leistungen in Anspruch nehmen.
- Die Eingliederungshilfe konzentriert sich nun auf Fachleistungen wie Assistenz, Mobilität oder Hilfsmittel. Existenzsichernde Leistungen wie Lebensunterhaltskosten oder Unterkunftskosten werden durch die Sozialhilfe (SGB XII) oder die Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) finanziert.
- Leistungen für Unterkunft und Lebensunterhalt sowie Geld für Kleidung und Bar-Auszahlungen werden künftig direkt an die Menschen mit Behinderungen ausgezahlt. Bislang gingen sie an die jeweilige Einrichtung.
- Die Leistungen der Eingliederungshilfe orientieren sich nicht mehr an der Wohnform, sondern am individuellen Bedarf.
- Wer eine Eingliederungshilfe erhält, darf mehr von seinem Einkommen und Vermögen behalten. Das Einkommen oder Vermögen vom Partner wird nicht mehr herangezogen.
- Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, können aus dem „Budget für Arbeit“ einen unbefristeten Lohnkostenzuschuss erhalten.

Quelle: [www.bmas.de](http://www.bmas.de)

Menschen mit Behinderungen schuldig, dieses Gesetz jetzt zu beschließen“ – und im Fortgang der Konnexitätsverhandlungen „einen angemessenen Kompromiss“ zu finden. Sie appellierte an die Sozialministerin, die Verhandlungen ernst zu nehmen und zur Chef-sache zu machen.

**Torsten Koplín** (DIE LINKE) unterstrich, dass seine Fraktion das Gesetz ausdrücklich befürworte. „Es ist ein wichtiger Schritt zur Umsetzung der UN-Behinderterrechtskonvention.“ Die Landesregierung habe jedoch einen Gesetzentwurf eingebracht, der in der Konnexitätsfrage der Verfassung nicht Genüge tue. Anstatt die Landkreise und kreisfreien Städte mit dem notwendigen Geld auszustatten, stecke das Land ihnen „einen toten Vogel in die Tasche“. Die späte Zulieferung der Zahlen verteidigte er mit einer nicht sachgerechten, finanziellen Ausstattung der Kommunen, um Aufgaben wie diese zu erfüllen. Seine Fraktion schlug vor, den Mehrbelastungsausgleich – wie von den kommunalen Spitzenverbänden gefordert – auf zehn Millionen Euro zu erhöhen und die Kosten dann spitz, also nach tatsächlichem Verbrauch, abzurechnen. „Wir finden: Das ist ein wirklich annehmbares Angebot.“

„Aus der Luft gegriffen“, nannte **Jörg Heydorn** (SPD) den Vorschlag der Linken. „Die zehn Millionen sehe ich nicht.“

Ebenso wenig eine Spitzabrechnung. „Damit werden Geschäfte zulasten des Landes gemacht.“ Er warf der Opposition „populistische Seiltänzerie“ vor. Die Debatte habe gezeigt, dass es inhaltlich keinen Dissens gebe, sondern sich alles um die offene Konnexitätsfrage drehe. Natürlich könne man das Gesetz deshalb stoppen. „Aber haben Sie sich mal über die Konsequenzen Gedanken gemacht?“ Weil dann viele Menschen mit Behinderungen zum 1. Januar keine Leistung mehr bekommen würden, hätten sich die Koalitionsfraktionen in diesem „Abwägungsdilemma“ darauf verständigt, das Gesetzgebungsverfahren nicht aufzuhalten. „Das ist meines Erachtens eine sehr sachgerechte Entscheidung.“ Einen Bruch der Landesverfassung könne er darin nicht erkennen: Laut Gesetzentwurf gewähre das Land den Kommunen ab 2020 einen Mehrbelastungsausgleich von 4,228 Millionen Euro. Ziel der weiteren Verhandlungen müsse sein, zu einer einvernehmlichen Konnexitätsregelung zu kommen.

Finanzminister **Reinhard Meyer** bedauerte, dass im Laufe der Debatte viel über Verfahrensfragen, aber kaum über den Inhalt des Gesetzes gesprochen wurde. Kritik am Zeitplan der Landesregierung wies er zurück. Anstatt Ende August hätten die Kommunen ihre Zahlen erst Ende Oktober vorgelegt. „Da hat man zunächst mal ein Problem.“ Die Daten

seien zudem sehr unterschiedlich gewesen. Während in Rostock auf einen Sachbearbeiter rund 127 Fälle kämen, seien es im Landkreis Vorpommern-Rügen 237. Da stelle sich natürlich die Frage: „Haben einige Kommunen vielleicht bisher die Aufgaben nicht so wahrgenommen, wie sie sollten?“ Er machte deutlich, dass ein Gutachten des Bundes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in MV 22 zusätzliche Stellen vorgesehen hatte. Der Landesregierung sei klar gewesen, dass das nicht reichen werde. „55 sind nach unserer Auffassung unbedingt notwendig.“ Kritik übte er an den Kommunen, die im ersten Aufschlag 21 Millionen Euro gefordert hätten. „So kann man keine Verhandlungen führen.“ All das habe das Verfahren in die Länge gezogen.

Die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen wurden mit den Stimmen von SPD und CDU angenommen, der Änderungsantrag der Linken abgelehnt.

*Gesetzentwurf Landesregierung  
Drucksache 7/3695*

*Beschlussempfehlung Sozialausschuss  
Drucksache 7/4462*

*Änderungsantrag SPD/CDU  
Drucksache 7/4557*

*Änderungsantrag CDU/SPD  
Drucksache 7/4558*

*Änderungsantrag DIE LINKE  
Drucksache 7/4559*

## Aussprache zu Windenergie

Abgeordnete debattieren über Stagnation und Potentiale der Energiewende

■ Der Ausbau der Windkraft ist ins Stocken geraten. Von Januar bis September 2018 sind in Deutschland 150 Windenergieanlagen ans Netz gegangen. Laut Fachagentur Windenergie an Land sei der Ausbau um 80 Prozent eingebrochen. Ende November warnten die Regierungschefs von MV, Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg und Niedersachsen in einem Brief an die Kanzlerin vor einem Rückbau der Windkraft. Für die norddeutschen Bundesländer hätte das gravierende wirtschaftliche Folgen. Eine Einschätzung, die auch die Mehrheit der Landtagsfraktionen teilt. Auf Initiative der SPD haben die Abgeordneten in einer Aussprache über die soziale Energiewende und ihre Wirtschaftspotentiale debattiert.

„Mecklenburg-Vorpommern ist eines der drei Bundesländer mit den meisten Windenergiearbeitsplätzen in Deutschland“, verdeutlichte **Jochen Schulte**

(SPD). Ein wirtschaftlicher Erfolg, den die Bundesregierung mit ihrer Politik gefährde. „Da nehme ich meine eigene Partei in Berlin gar nicht aus.“ Seit 2016 seien der

Windenergiebranche bundesweit 35.000 Arbeitsplätze verlorengegangen. „Uns treibt die Sorge um, dass wichtige Teile einer jungen, gerade erst in unserem Land gewachsenen Industrie vernichtet werden.“ Seine Fraktion unterstütze daher das Vorgehen der fünf Regierungschefs gegenüber dem Bund, der die Weichen völlig falsch gestellt habe. „Das ist auch der Grund, warum wir heute hier die Aussprache beantragt haben: Weil wir darauf hoffen, dass das Plenum die Position der Ministerpräsidentin und der Landesregierung deutlich unterstützt.“

Energieminister **Christian Pegel** bezeichnete die Energiewende als „wahrscheinlich größte Chance zur Re-Industrialisierung Mecklenburg-Vorpommerns“ seit 1990. Eine Chance, aus der 14.000



Mit Strom aus Windenergie soll die Energiewende in Deutschland realisiert werden.

bis 15.000 Arbeitsplätze „mit einem vernünftigen Lohnniveau“ entstanden seien. Diese zu erhalten und auszubauen, sei enorm wichtig für das Land. Extrem lange Genehmigungs- und Umsetzungszeiten und bundespolitische Diskussionen hielten Investoren jedoch zunehmend ab, auf den Markt zu kommen. Seine befürchtete Konsequenz: Hiesige Unternehmen verlagern ihre Produktion dichter an den internationalen Markt. Das zu verhindern betrachte er als wesentliche Aufgabe. „Es wäre fatal, wenn wir die über 15 Jahre aufgebaute und forschungsseitig vorangetriebene Produktionsbranche der Erneuerbaren Energien kaputt spielen würden.“ Ein wichtiger Ansatz, auf den er setze, sei die Sektorkopplung. „Das bietet die Chance, Strom, der hier erzeugt wird, auch hier vor Ort in Wertschöpfung umzusetzen.“

**Bert Obereiner** (AfD) rechnete vor, dass Deutschland seine CO<sub>2</sub>-Emissionen in den vergangenen 20 Jahren zwar um 100 Millionen Tonnen reduziert, damit aber nichts fürs Weltklima getan habe. Denn: Weltweit betrachtet sei der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 35.000 Millionen Tonnen gestiegen. „Sie haben sich mit Ihrer Energiewende vergaloppiert. Sie sind in eine Sackgasse geritten, durch ein Labyrinth. Und jetzt ist Ihnen auch noch das Pferd gestorben und Sie stehen da wie John Wayne auf Socken.“ Ob Fotovoltaik oder Windkraft – überall seien viele Jobs weggefallen. „Ihre Politik führt zur Arbeitsplatzvernichtung und erreicht auch das

Ziel der Verminderung der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht.“ Er regte an, die vielen Milliarden Euro, die Deutschland jährlich für die Energiewende ausbebe, in Schwellenländer zu investieren. Dort ließen sich viel größere CO<sub>2</sub>-Einspareffekte erreichen als in Deutschland. Das Prinzip „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ sei ein Irrweg.

„Schon heute tragen die Menschen in Deutschland die zweithöchste Abgabenlast in Europa“, führte **Franz-Robert Liskow** (CDU) an. „Trotzdem soll nach Ansicht einiger Unverbesserlicher im Umweltbundesamt mit der CO<sub>2</sub>-Besteuerung noch eine Schippe drauf gepackt werden.“ Seine Fraktion forderte, im Bereich von Stromsteuer, Umsatzsteuer und Umlagen gegensteuernde Maßnahmen zu treffen. Er erklärte, dass Belange wie Arten- und Naturschutz, Denkmalschutz, Flugsicherung und Klagen massiven Einfluss auf Genehmigungszeiträume hätten. Hinzu komme mangelnde Akzeptanz: Mehr als 1000 Bürgerinitiativen engagierten sich bundesweit gegen den Bau von Windkraftanlagen. „Auch unser Bürgerbeteiligungsgesetz hat bisher aufgrund fehlender Genehmigungen die erhoffte Wirkung verfehlt.“ Am Ende gehe es aber auch um eine dauerhafte Versorgungssicherheit. Dabei richtete er seinen Blick auch auf Wasserstoff. Mit seinen Windkraft- und Fotovoltaik-Anlagen sei MV für die Produktion geradezu prädestiniert.

Eine Energiewende ohne den Ausbau von Windenergie – das sei kaum zu schaffen, meinte **Eva-Maria Kröger** (DIE LINKE). Doch während diese in anderen Ländern boome, befinde sie sich hierzulande in einer Krise. „Da muss man natürlich fragen: Was ist falsch gelaufen?“ Bürgerproteste, Umweltschutz, Tierschutz, fehlende Flächen, Klagewellen: „Die Liste der Verhinderungen ist relativ lang.“ Die Energiewende sozialer zu gestalten, sei eine Kernforderung ihrer Fraktion. Es könne nicht sein, dass die Menschen in MV für den Ausbau der erneuerbaren Energien die höchsten Netzentgelte zahlen. Entscheidend für das Gelingen der Energiewende sei Akzeptanz. „Wir müssen ganz klar etwas von der Belastung nehmen.“ Sie appellierte daran, Industrierabatte einzuschränken, die Stromsteuer zu senken, Netzentgelte gerechter zu verteilen und einen Sockeltarif einzuführen, über den jeder Haushalt ein kostenloses Grundkontingent an Strom erhalte.

Wer, wie die AfD, Gelder für die Energiewende anderen Ländern geben wolle, bremse die industrielle Entwicklung Deutschlands aus, meinte **Jochen Schulte** (SPD). „Wenn wir eine wirtschaftliche Entwicklung wollen, dann ist die Energiewende der wirtschaftliche Ansatz dafür.“ Aus ihr seien bereits etliche gut bezahlte Arbeitsplätze im Land hervorgegangen. Die Wasserstoffindustrie sei ein interessanter Ansatz für MV. „Deswegen ist es wichtig, dass die norddeutschen Bundesländer eine gemeinsame Wasserstoffinitiative gegründet haben und eine gemeinsame Wasserstoffstrategie entwickeln wollen.“ Deshalb sei es vollkommen richtig, dass sich die Ministerpräsidentin in Berlin dafür einsetze, diese Chancen nicht zu zerstören.



Die vollständigen Redebeiträge finden Sie im Plenarprotokoll unter [www.landtag-mv.de/parlamentsdokumente.html](http://www.landtag-mv.de/parlamentsdokumente.html) Auf dem YouTube-Kanal des Landtages gibt es die Plenarsitzungen auch als Video unter: [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de).

## Problemwolf erreicht Landtag

Kritik an Zuständigkeiten und Abschussbedingungen

■ **GW924m** – unter dieser Bezeichnung hat sich ein Wolf einen unrühmlichen Namen gemacht. In Schleswig-Holstein konnten auch Herdenschutzzäune ihn nicht aufhalten. Deshalb wurde er dort zum Abschuss freigegeben. Bevor er erlegt werden konnte, zog GW924m jedoch nach MV weiter. Hier riss er in Grambow ein nicht hinreichend geschütztes Schaf – und heizte damit die Diskussion zum Umgang mit Wölfen weiter an. Auch im Landtag. Die CDU beantragte eine Aussprache zu den Entwicklungen. Die AfD-Fraktion stellte einen Antrag, den Wolf ins Jagdrecht aufzunehmen, über eine Studie Wolfsansiedlungsgebiete herauszufinden und eine Bestandsobergrenze für MV festzulegen. Beide Anliegen wurden in einer gemeinsamen Debatte diskutiert.

**Horst Förster** (AfD), der die Rede für seinen erkrankten Kollegen Ralf Borschke hielt, warf Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus vor, nicht genug gegen den Wolf in MV zu unternehmen. „Mit jedem Jahr, in dem Sie untätig sind,

### Stichwort: Bundesnaturschutzgesetz

Die in der Landtagsdebatte am 13. Dezember eingeforderte Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes ist vor Weihnachten vom Bundestag beschlossen worden. Darin wurden die Hürden gesenkt, Wölfe zu jagen, wenn sie im Verdacht stehen, Schafe oder andere Nutztiere gerissen zu haben. Dies gilt unter anderem auch dann, wenn die Risse keinem bestimmten Tier zugeordnet werden können. Wölfe zu füttern ist nun ebenfalls verboten. Mit dem Gesetz soll vor allem Rechtssicherheit geschaffen werden, wann eine Abschussgenehmigung erteilt werden kann.

Quelle: [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)



Foto: Jens Büttner

In MV leben derzeit acht Wolfsrudel und zwei Einzelpaare.

nimmt die Zahl der Wölfe und somit der Konflikte zu.“ Die EU-Richtlinien böten genügend Möglichkeiten, Maßnahmen zur Gefahrenabwehr und Regulierung zu ergreifen. „Das Problem: Sie wollen es nicht.“ Seiner Einschätzung nach werden die Wölfe am Ende doch bejagt werden. „Dann sind es jedoch nicht mehr nur wenige Dutzend, sondern es werden Hunderte sein, die wir zur Strecke bringen müssen, um unsere Kulturlandschaft zu erhalten und die Menschen zu schützen.“

Nach Ansicht von **Beate Schlupp** (CDU) würden Problemwölfe wie GW924m in MV „eher an Altersschwäche sterben, als von einem Jagdberechtigten entnommen zu werden“. Dass die Zuständigkeit für Abschussgenehmigungen bei den Landkreisen liege sei ebenso wenig praxistauglich wie einzelne Tiere für den Abschuss zu definieren. „Wir sollten endlich aufhören Placebos zu verteilen und dazu übergehen, einen Wolfsbestand, der für alle zuträglich ist, zu definieren und ihn dann mittels bestandspflegender Jagd durchzusetzen.“ Als Sofortmaßnahme schlug sie vor, bei nachgewiesenen Wolfsrissen Tierhalter im Umkreis zu informieren, um deren Aufmerksamkeit zu erhöhen. Darüber hinaus hoffe sie, dass die geplanten Änderungen im Bundesnaturschutzgesetz schnellstmöglich beschlossen werden.

„Mich erschüttert diese Debatte sehr“, sagte Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus**. Der Wolf sei nach wie vor

ein streng geschütztes Tier – dem der Mensch es häufig sehr leicht mache, an Beute zu kommen. „Bei 60 Prozent der Wolfsrisse in MV ist der Grundschutz nicht vorhanden oder grob mangelhaft gewesen.“ In MV lebten acht Wolfsrudel und zwei Einzelpaare. Von einer Wolfsplage könne keine Rede sein. Aber: Die Population steige. „Deswegen ist es wichtig, dass wir Maßnahmen eingeleitet haben.“ So fördere das Land Schutzmaßnahmen vor Wolfs-Angriffen nun zu 100 Prozent. Zudem kämpfe er seit Jahren dafür, das Bundesnaturschutzgesetz zu ändern. Wer ihm vorwerfe, nicht zu handeln, sage die Unwahrheit. Hätte es eine Möglichkeit gegeben, auf GW924m zuzugreifen, dann hätte es in Zusammenarbeit mit der Jägerschaft sehr schnell eine Maßnahme gegeben, betonte er.

### Stichwort: Der Wolf in MV

In MV gab es nach Angaben von Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus im vergangenen Jahr (Stand 16. Dezember) 42 Rissvorfälle, bei denen 151 Tiere getötet und 54 verletzt wurden. Im Jahr davor wurden 23 Risse mit 120 getöteten und 42 verletzten Tieren gezählt. Das Land hat 2019 Schäden in Höhe von rund 10.000 Euro beglichen und etwa 169.000 Euro für Präventions- und Akzeptanzmaßnahmen ausgereicht.

Quelle: Landwirtschaftsministerium

Der Wolf beschäftigt den Landtag seit Beginn der Legislaturperiode zum 16. Mal, resümierte **Dr. Wolfgang Weiß** (DIE LINKE). Ihn ins Jagdrecht aufzunehmen würde nichts an seiner ganzjährigen Schonzeit ändern. Im Gegenteil: „Dann hätten wir bei sämtlichen Entscheidungswegen mehrere Positionen zusätzlich zu beachten.“ Wölfe kennen auch keine Reviergrenzen. Siedlungsräume auszutesten, Grenzen zu überschreiten und ökologische Nischen einzunehmen, liege in ihrer Natur. An einem Tag könnten die Tiere bis zu 80 Kilometer zurücklegen. „Weder das Jagdrecht noch Ausschlussgebiete noch Anschlussgebiete oder Obergrenzen sind eine Hilfe.“ Er warf der AfD vor, Mythen zu bedienen. Ihm sei wichtig, wie es den Weidetierhaltern gehe und dass diese entsprechende Unterstützung für Präventions- und Schutzmaßnahmen erhielten.

„Wir sind der Auffassung, dass der Wolf zu einem intakten Ökosystem in MV dazugehört“, verdeutlichte **Elisabeth Aßmann** die Position der SPD. „Der Wolf bewegt sich frei in der Landschaft.“ Wer ihn auf ein bestimmtes Gebiet beschränken wolle, müsste das Areal einzäunen. Das würde aber auch andere Tierarten wie Rotwild, Damwild, Kraniche, Niederwild und kleines Raubwild erheblich einschränken. „Wir wollen keinen Zaun!“ Eine Studie, wo der Wolf sich ansiedeln kann, brauche es ebenfalls nicht. „Er zeigt uns ganz genau, wo er das kann: nämlich dort, wo er genügend Deckung hat und Nahrung findet.“ Aus Sicht ihrer Fraktion komme es nun darauf an, einen guten Erhaltungszustand festzuschreiben und ein aktives Monitoring zu betreiben. „Das ist die einzige Maßnahme, mit der wir wirkliche Rechtssicherheit schaffen können.“

„Die Weidetierhalter müssen geschützt werden, nicht die Wölfe“, entgegnete **Jürgen Stroschein** (AfD). Die Entnahme einzelner Wölfe bringe gar nichts. „Die Wolfsrisse werden weiter zunehmen.“ Er warf ein, dass die nach Westeuropa vorgedrungenen Wölfe dem eurasischen Wolf zuzuordnen seien. „Diese Art ist nicht vom Aussterben bedroht.“ Das werde in der Diskussion völlig vernachlässigt. Er warnte vor zunehmenden Einkreuzungen von Wölfen und Hunden und forderte Landwirtschaftsminister Back-

haus auf, den Abgeordneten die Untersuchungsergebnisse zu den Genproben von Wölfen nicht länger vorzuenthalten. „Geheimniskrämerei nutzt keinem. Es gibt nur Anlass zu Spekulationen.“ Er geht davon aus, dass sich der Landtag „auf Druck aus der Bevölkerung noch sehr häufig mit dem Wolf beschäftigen werde.“

Der Antrag der AfD wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und DIE LINKE abgelehnt. Prof. Dr. Ralph Weber (AfD) enthielt sich.

*Antrag AfD Drucksache 7/4441*

## Ringen um Klinikstationen

Abgeordnete fordern Schließungsstopp in Crivitz und Parchim

■ **Die Geburtenstation in Crivitz soll geschlossen werden, die Kinderstation in Parchim auch. Diese Nachricht schlug am Nikolaustag unerwartet ein. Bei den Menschen in der Region. Und in der Politik. Wenige Tage zuvor hatte der Landtag Gesundheitsminister Harry Glawe einstimmig aufgefordert, alles daran zu setzen, die kinderärztliche Versorgung und die Geburtshilfe in Parchim zu erhalten. Ergebnis dieser Verhandlungen: Die Kinderstation wird durch eine Tagesklinik ersetzt, die Kliniken in Parchim und Crivitz bündeln ihre Abteilungen für Gynäkologie und Geburtshilfe in Parchim. Ein Sturm der Entrüstung und Demonstrationen folgten. Die Ministerpräsidentin forderte Glawe zu Nachverhandlungen auf. Und auch die Landtagsfraktionen wollen erreichen, dass die Schließungspläne zurückgenommen werden. Dazu legten SPD/CDU, AfD und DIE LINKE in der Dezembersitzung jeweils eigene Dringlichkeitsanträge vor.**

Die Geburtenstation in Crivitz gegen Parchim einzutauschen – dieses Ergebnis habe nichts mit dem Landtagsbeschluss vom November zu tun, schimpfte **Jacqueline Bernhardt** (DIE LINKE). „Nir-

gendwo war da jemals von Crivitz die Rede!“ Die Kinderstation durch eine Tagesklinik zu ersetzen, sei ebenfalls keine tragbare Lösung. Sie fühle sich von Asklepios hinters Licht geführt. „Aber nicht nur das: Wir geben als Land dem Konzern zu dieser scheinbaren Lösung noch sehr viel Geld dazu“ – für einen Hubschrauberlandeplatz und eine Arztstelle. „Mit einem Mal gibt es die Zusicherung des Konzerns, dass kurzfristig ein Kinderarzt zu finden ist – nachdem seit über sechs Monaten angeblich erfolglos gesucht wurde. Das stinkt sehr zum Himmel.“ Nach ihrem Dafürhalten hätten die Betreiber nicht nur aus moralischen Gründen den medizinischen Versorgungsauftrag zu erfüllen, „sondern verdammt noch mal, weil Sie auch 70 Millionen Euro in den vergangenen Jahren aus Landesgeldern erhalten haben“.

**Prof. Dr. Ralph Weber** (AfD) sieht Crivitz als Bauernopfer in der Gewinnoptimierungsstrategie von Asklepios. Er warf Gesundheitsminister Harry Glawe vor, eine auf Konzerninteressen ausgerichtete Politik zu betreiben – zulasten von Kindern, Jugendlichen und werdenden Müttern. „Das ist eine Gesundheitspolitik, die wir in keinem Fall mittragen können.“ Einerseits jeden Klinikstandort zu garantieren, andererseits aber eine Reihe von Abteilungen zu schließen, sei Augenwischerei. „Wer Kinderabteilungen und gynäkologisch-geburtshilfliche Abteilungen schließt, legt die Hand an die Wurzel der Klinik.“ Geburtshilfe sei kein Spielfeld für parteipolitische Machenschaften. Auch ersetze eine Tagesklinik keine Klinik. In Wolgast protestierten die Menschen heute noch jeden Montag gegen das vor fast vier Jahren eingeführte „Ersatzkonstrukt“. „Die Abteilungen müssen erhalten bleiben. Dafür treten wir ohne Wenn und Aber ein.“

Die Pläne haben auch seine Fraktion kalt erwischt, betonte **Julian Barlen** (SPD). Einerseits eine Geburtsstation zu schließen und die stationäre Behandlung von Kindern durch eine Tagesversorgung zu ersetzen und andererseits Boni in Form von Personalzuschuss, Landeplatz und profitablen geriatrischen Betten abgreifen zu wollen – „das ist falsch und lehnen wir als Koalition ab“. Er forderte, alle Strukturveränderungen sofort zu stoppen und an einer neuen Lösung zu arbeiten,

und zwar ohne Nachteile für Crivitz. Wer einen Versorgungsauftrag übernehme, könne nicht irgendwann anfangen, profitable Abteilungen gegen weniger profitable auszuspielen. „Wir müssen hier eine klare Kante zeigen. Für die Region, für die Patienten und werdenden Mütter und gegen eine reine Konzern- und Profitlogik.“ Für den Fall, dass die Klinikbetreiber bei ihrer Entscheidung blieben, müsse auch geklärt werden, wie die Versorgung auf nicht privatwirtschaftliche Weise organisiert werden könne. „Das müssen sich alle Beteiligten klarmachen!“

Gesundheitsminister **Harry Glawe** verteidigte die geplante Tagesklinik für Kinder. Sie stelle letztlich auch die Geburtsstation in Parchim sicher. „Das ist ein Verhandlungsergebnis, mit dem man leben kann.“ Entscheidende Prämisse für eine Station sei Personal. „Wenn die Personaluntergrenze nicht gewährleistet wird, fehlt Qualität. Dann müssen Betten oder Stationen geschlossen oder abgemeldet werden. Das gilt, seitdem der Deutsche Bundestag diesen Beschluss gefasst hat.“ Er bemängelte, dass keine Fraktion eigene Vorschläge einbringe. „Es wird immer nur gefordert.“ Dabei seien doch unter Rot-Rot die meisten Krankenhäuser privatisiert worden. „Und jetzt feiern Sie Rekommunalisierungen“, wandte er sich an die Linken. Gegen den Willen von Unternehmen werde das nicht möglich sein. Am Hubschrauberlandeplatz zu rütteln, komme für ihn nicht infrage. „Ich glaube nicht, dass das Parlament gut beraten ist, in dieser Frage darüber zu diskutieren, ob der Hubschrauberlandeplatz wichtig, richtig oder falsch ist.“

Er werde sich hüten, Kritik am Hubschrauberlandeplatz zu üben, erwiderte **Prof. Dr. Ralph Weber** (AfD). „Das ist gerade in einem Krankenhaus im ländlichen Raum lobenswert.“ Aber: „Auch ein Hubschrauberlandeplatz gleicht die Nachteile einer Tagesklinik nur sehr bedingt aus.“ Innere Medizin, Chirurgie, Kinderheilkunde und Geburtshilfe gehörten zur gesundheitlichen Daseinsvorsorge. „Es kann nicht sein, dass Kliniken lukrative Angebote wie die Geriatrie, die in Crivitz eröffnet werden soll, für sich entdecken und die erfahrungsgemäß eher kostenpflichtigen, vielleicht sogar strukturell ins Minus führenden Abteilungen wie die Geburtshilfe schließen.“ Mit einer derartigen Stü-

ckelung des Versorgungsauftrages trete die private Wirtschaft Bevölkerungsinteressen mit Füßen.

**Julian Barlen** (SPD) betonte, dass sich seine Fraktion weder gegen einen Hubschrauberlandeplatz ausspreche noch gegen die Einrichtung von geriatrischen Betten. Kritikwürdig sei jedoch, wenn diese Teil eines Deals sein, der am Ende zur Schließung der Geburtsstation in Crivitz führe. Eine solche Verquickung zugunsten der Klinikbetreiber lehne seine Fraktion ab. „Politik darf nicht tatenlos zuschauen, wenn private Konzerne ihre eigenen Interessen über die Interessen der Patienten stellen.“ Er ermahnte Asklepios und MediClin, an der Personalgewinnung zu arbeiten. „Hierzu liegen Kooperationsangebote auf dem Tisch.“ Beide Betreiber seien „sehr profitable Anbieter“, die nun beweisen müssten, dass ihnen der Versorgungsauftrag etwas wert sei. Andernfalls müsse auch über den Entzug des gesamten Versorgungsauftrages und eine Rekommunalisierung des Standorts nachgedacht werden.

Die Menschen in der Region seien zu Recht zornig, meinte **Torsten Koplín** (DIE LINKE). „Sie spüren: Es geht hier um Geld und nicht um ihre Gesundheit.“ Jetzt seien die Abgeordneten gefordert, „die Karre aus dem Dreck zu ziehen“. Er habe jedoch große Zweifel, dass Gesundheitsminister Glawe diese Aufgabe „mit Elan und Leidenschaft“ anpacke. Dazu habe er die Entscheidung in seiner Rede zu sehr gerechtfertigt. „Er redet jetzt mit den Konzernen, weil er muss, nicht weil er will.“ Er frage sich, wer sich die Strukturveränderungen ausgedacht habe. Der Minister? „Oder haben die Konzerne Ihnen das in den Block diktiert?“ Dazu habe der Minister bislang keine klare Stellung bezogen. Koplín erinnerte daran, dass die Klinik in Crivitz 1994 und in Parchim 1997 privatisiert worden seien. „Mit der Linken und der Politik der PDS hatte das überhaupt nichts zu tun. Sie versuchen immerzu, uns was ans Zeug zu flicken, womit wir nichts zu tun haben.“

**Sebastian Ehlers** (CDU) begrüßte die große Einigkeit des Parlaments. Er bezweifelte, dass die Schließung der Geburtsstation in Crivitz den Standort Parchim stärken werde. Ungefähr die Hälfte der Geburten in Crivitz gehe auf

Eltern aus Schwerin und Umgebung zurück. Diese würden dann wohl eher auf Schwerin und Hagenow ausweichen, anstatt nach Parchim zu fahren. Er gab aber auch zu bedenken, dass Ärztemangel in den nächsten Jahren ein großes Thema bleiben und wahrscheinlich zu weiteren Situationen wie jetzt in Crivitz und Parchim führen werde. „Dafür möchte ich an dieser Stelle sensibilisieren.“ Zum Thema Rekommunalisierung sagte er, die entsprechenden Initiativen müssten aus den Kreistagen kommen. „Aber auch kommunale Träger können sich kein Personal backen.“ Er warb bei den Abgeordneten um ein klares Votum zum Antrag der Koalitionsfraktionen, um dem Minister damit den Rücken für die Nachverhandlungen zu stärken.

Die Dringlichkeitsanträge der AfD und der Linken wurden mehrheitlich abgelehnt, der Antrag der Koalitionsfraktionen einstimmig angenommen.

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/4551

Antrag AfD Drucksache 7/4552

Antrag SPD/CDU Drucksache 7/4555

## Die Nachverhandlungen

Gesundheitsminister Harry Glawe hat in der Woche nach der Landtagssitzung noch einmal mit den Krankenhauskonzernen Asklepios und MediClin verhandelt. Ergebnis:

- Der Kreißsaal in Crivitz bleibt bis zum 30. Juni 2020 erhalten. Nun gehe es darum, mit allen Beteiligten für Crivitz ein tragfähiges Konzept zu entwickeln, so Glawe.
- Die Kinderstation in Parchim schließt wie angekündigt. Stattdessen wird eine Tagesklinik mit vier Betten errichtet. Das Land stellt dazu 150.000 Euro/Jahr für eine Arztstelle zur Verfügung. Ein zweiter Arzt und zwei Krankenschwestern werden durch Asklepios gestellt und bezahlt. Das Modellprojekt hat eine Laufzeit von einem Jahr. Danach soll es evaluiert werden.
- Das Land stellt, wie in den ersten Verhandlungen vereinbart, den Bau eines Hubschrauberlandeplatzes am Standort Parchim sicher.
- Crivitz erhält wie bereits angekündigt eine Abteilung für Altersheilkunde (Geriatrie).

Quelle: Gesundheitsministerium

## Debatte um Chancen im Außenhandel

CDU fordert mehr Wertschöpfung /  
SPD lobt außenwirtschaftliche Erfolge

■ **Wie gut aufgestellt ist die Außenwirtschaft in MV? Der CDU sind die internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu einseitig auf Russland ausgerichtet. Sie regte an, neben dem Russlandtag einen Ostseetag einzuführen. Die SPD warf dem Koalitionspartner vor, die Veranstaltungsreihe kleinzureden. Die Anfang Dezember zunächst über die Medien geführte Diskussion fand am 11. Dezember ihre Fortsetzung im Landtag. Unter der Überschrift „Ostsee verbindet – MV muss Chancen im Außenhandel besser nutzen“ setzten die Christdemokraten das Thema auf die Agenda der Aktuellen Stunde.**

„Niemand will der Staatskanzlei den Russlandtag kleinreden oder ausreden“, erklärte **Wolfgang Waldmüller** (CDU). Solche Interpretationen seien an den Haaren herbeigezogen. Er müsse sich als Wirtschaftspolitiker aber doch wohl Gedanken darüber machen dürfen, wie sich mehr Wertschöpfung generieren lasse. Laut Mittelstandsbericht bewegten sich die Ausfuhren 2018 auf dem Niveau von 2017. Die wiederum korrespondierten mit den Daten von 2011. Preisbereinigt seien sie vermutlich sogar gesunken. Im bundesweiten Vergleich von Im- und Exporten stehe MV am Ende. Von Stagnation zu sprechen, wäre eine Beschönigung. „Es gibt dringenden Handlungsbedarf, den gesamten Zustand der Außenwirtschaft zu verbessern.“ Ein Ostseeanrainertag, aufgelegt im zweijährigen Wechsel, könne solch eine Gelegenheit sein. „2020 könnte man beispielsweise mit Dänemark beginnen.“ Seine Hoffnung: In der Debatte zu konstruktiven Ideen zu kommen.

**Manuela Schwesig**, Ministerpräsidentin, lobte die Entwicklung des Außenhandels im Land. „Der Gesamtwert ist

von 2012 bis 2018 um etwa 29 Prozent gestiegen.“ Bundesweit seien es 21 Prozent gewesen. „Im letzten Jahr hat unser Land mit 13,8 Milliarden Euro Außenhandelsumsatz sogar einen Rekord erreicht.“ Das jährliche Exportvolumen betrage gut sieben Milliarden Euro. „Wir sind breit aufgestellt.“ Zu den wichtigsten Handelspartnern gehörten Polen, Niederlande, Schweden, aber auch Finnland oder Russland. „Der Ostseeraum eröffnet uns große wirtschaftliche Chancen.“ Gerade vor dem Hintergrund von Sanktionen, Handelskonflikten und Krisen sei Außenwirtschaft mehr als nur eine statistische Zahl. „Dafür braucht man einen langen Atem.“ Die Idee einer Wirtschaftskonferenz für den Ostseeraum finde sie gut. „Wir sind längst in den Vorbereitungen.“ Denn: Gute wirtschaftliche Beziehungen zu Russland und zu anderen Ländern im Ostseeraum zu pflegen, sei kein Gegensatz. „Das muss zusammengedacht werden. Und so werden wir das auch weiter unterstützen.“

AfD-Fraktionschef **Nikolaus Kramer** warf den Koalitionsfraktionen „Heuchelei“ vor. Beide Parteien stünden auf Bundesebene weiterhin zur den EU-Sanktionen gegenüber Russland. „Es ist doch Ihre Politik, die es den Händlern erschwert, Handel zu treiben.“ Seit 2011 liege der Export bei rund 7,2 Milliarden Euro. Das bedeute: Stillstand. „Und jetzt stellt sich die CDU-Fraktion hin und fordert einen Ausgleichstag zum Russlandtag, weil sie das Gefühl hat, wirtschaftlich wird ihr das Wasser von der SPD abgegraben.“ Er schlug einen Hansestag vor. „Es gibt 195 Hansestädte in 16 Nationen, die bereits organisiert sind.“ Einen Markt zu veranstalten, so wie den Hansestag 2018 in Rostock, mit Mittelalterfellen und Musik, reiche da nicht aus. „Das kann nur funktionieren, wenn wir alle Städte des Hansestages noch enger zusammen vereinen und gemeinsam unsere Partnerschaft intensivieren.“

„Ich weiß gar nicht, ob ich hier im Landtag bin oder auf einer Comedy-Veranstaltung“, kommentierte **Jochen Schulte** (SPD) seinen Vorredner. An der Wirtschaftspolitik der Koalition zu kritisieren, fände er einfach nur daneben. Im Endeffekt gehe es darum, auf dem Ist-Stand weiter voranzuschreiten. Über



Foto: Jens Büttner

Statistiken lasse sich trefflich streiten. Fakt sei, dass sich die Exportwirtschaft kontinuierlich positiv entwickelt habe. Außenhandel sei ein volatiles Geschäft, das stetigen Schwankungen unterliege. „Man darf sich nicht einzelne Zahlen rausgreifen, um zu sagen, dieses ist gut und das andere läuft nicht vernünftig.“ Ob ein gemeinsamer Ostseetag 2020 oder 2022 stattfinde, stehe für ihn nicht im Vordergrund. Viel wichtiger sei, dass diejenigen, die teilnehmen, hinterher von einer erfolgreichen Veranstaltung sprechen. „Export ist aber kein Selbstzweck.“ Am Ende müsse auch für die Menschen im Land etwas herauskommen, allem voran höhere Löhne und mehr Industriearbeitsplätze.

„Was hat uns diese Aktuelle Stunde eigentlich gebracht?“, fragte **Eva-Maria Kröger** (DIE LINKE). Die CDU habe gefordert, die SPD Vorhandenes gelobt. Neues habe sie aber nicht gehört. Ein Ostsee-Tag – das sei der einzige Vorschlag, der im Raum stehe. Für sie habe die Debatte vor allem eines offenbart: die Uneinigkeit der Koalition. Aus Sicht ihrer Fraktion wären eine Ausschusssitzung oder ein Antrag die besseren Mittel gewesen, um über Außenwirtschaft zu reden. Breitbandausbau, gute Arbeitsbedingungen, fitte Hochschulen, mehr Unterstützung für Auszubildende, Innovation, Forschung, Wissenschaft und Bildung – das seien die Schlüssel für eine erfolgreiche Außenwirtschaft. „Vielleicht kommen wir an anderer Stelle noch mal tiefgründiger dazu, über Außenwirtschaft zu sprechen. Diese Aktuelle Stunde hätten wir uns echt sparen können.“

## Weitere Meldungen

### Neue Struktur für NordLB

Nach Milliarden-Verlusten durch Schiffskredite soll die Norddeutsche Landesbank (NordLB) umstrukturiert werden: Sie soll kleiner und regionaler werden, neue Träger aufnehmen können und eine Finanzspritze von 3,6 Milliarden Euro erhalten. Aus diesem Grund muss der Staatsvertrag zwischen Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und MV neu gefasst werden. MV hat die Trägerschaft zwar 2005 beendet, unterliegt aber weiterhin der Gewährträgerhaftung für Altverbindlichkeiten. Darüber hinaus ist das Land über das Landesförderinstitut (LFI) und über die Bereitstellung der Girozentralbankfunktion für die Sparkassen in MV mit der NORD/LB verbunden. Der Landtag hat dem Gesetzentwurf der Landesregierung einstimmig und ohne Aussprache zugestimmt.

*Gesetzentwurf Landesregierung*

*Drucksache 7/3584*

*Beschlussempfehlung Finanzausschuss*

*Drucksache 7/4456*

*Änderungsantrag SPD/CDU*

*Drucksache 7/4556*

### 121 Bitten und Beschwerden

Welche Sorgen und Nöte treibt die Bevölkerung um? Einen Einblick gibt der Petitionsausschuss dem Landtag in regelmäßigen Berichten über seine Arbeit. In der Dezembersitzung legte er dem Plenum den Bericht für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Oktober vor. In diesem Zeitraum erreichten ihn insgesamt 121 Bitten und Beschwerden. Bis Ende Dezember konnten 360 Petitionen abgeschlossen werden, sagte Ausschussvorsitzender Manfred Dachner. Der Landtag hat der Beschlussempfehlung einstimmig und ohne Aussprache zugestimmt.

*Beschlussempfehlung und*

*Bericht Petitionsausschuss*

*Drucksache 7/4460*



Foto: Jens Büttner

*Laut Sozialministerium ist in MV keine Kita bekannt, in der die Methode "Original Play" angewandt wird.*

### „Original Play“: Kein Verbot

Kinder, die sich im Kindergarten spielerisch mit fremden Erwachsenen raufen, rangeln und herumwälzen: Die Landespolitik blickt mit Sorge auf das Spielkonzept „Original Play“. Diese Methode, die übersetzt so viel bedeutet wie „ursprüngliches Spiel“, hat bundesweit im Zusammenhang mit Missbrauchsvorwürfen Schlagzeilen gemacht. Die AfD-Fraktion beantragte, den Einsatz an Kitas in MV zu prüfen und dem Beispiel von Brandenburg und Berlin folgend zu verbieten. In der Debatte sprachen sich auch alle anderen Redner einmütig gegen das Konzept aus. Ein Verbot lehnten sie jedoch ab. Sozialministerin Stefanie Drese betonte, allen Jugendämtern und Kita-Trägern deutlich gemacht zu haben, dass die Anwendung von Original Play Kindeswohlgefährdend sei. „Dieses Vorgehen kommt einem Verbot gleich.“ Dem Ministerium sei keine Kita im Land bekannt, die die Spielmethode angewandt habe. SPD und CDU warben darum, dieser Sorgfaltspflicht der Erzieher zu vertrauen. DIE LINKE sprach von einem „halbgaren Antrag“, der erst prüfen und dann verbieten wolle. Am Ende wurde namentlich abgestimmt und der Antrag mit 14 Ja- und 44 Neinstimmen abgelehnt.

*Antrag AfD Drucksache 7/4439*



Foto: Jens Büttner

### Sanktionen bei Hartz-IV

Verletzen Hartz-IV-Empfänger ihre Mitwirkungspflichten, dürfen Jobcenter die Leistungen maximal um 30 Prozent kürzen. Bisher mögliche Sanktionen von 60 oder 100 Prozent erklärte das Bundesverfassungsgericht Anfang November für verfassungswidrig. Das Urteil gilt aber nur für Langzeitarbeitslose, die älter als 25 Jahre sind. Sanktionen für Jugendliche und der zehnpromtente Abzug bei Meldeversäumnissen waren nicht Teil des Verfahrens. DIE LINKE forderte daher von der Landesregierung, für diese Fälle Normenkontrollklagen einzuleiten und auch die Ermittlung der Regelsätze mit einzubeziehen. Das sei nicht nötig, meinten Wirtschaftsminister Harry Glawe und die Redner der Koalitionsfraktionen. Das Urteil habe bereits Aktivitäten auf Bundesebene ausgelöst. Die AfD las aus dem Antrag heraus, sich vom System des Förderns und Forderns abzuwenden und sprach sich ebenfalls gegen den Vorstoß aus.

*Antrag DIE LINKE Drucksache 7/4340*



Die Finanzierung des Öffentlichen Nahverkehrs soll umstrukturiert werden.

## Mehr Geld für ÖPNV

Die Landesregierung plant, die Finanzierung des Öffentlichen Personenverkehrs (ÖPNV) neu zu regeln und dem Nahverkehr mehr Geld zu geben. Konkret geht es um die sogenannten Entflechtungsmittel, die das Land vom Bund erhält und an die Kommunen ausreicht. Mit diesen sollen Investitionen in den ÖPNV und den kommunalen Straßenbau finanziert werden. Bislang wurden die Gelder über mehrere Fördertöpfe ausgereicht. Nun sollen sie über das Finanzausgleichsgesetz (FAG) an die Kommunen weitergeleitet werden. Bisher habe dieser Betrag bei 11 bis 12 Millionen Euro pro Jahr gelegen, so Infrastrukturminister Christian Pegel. Künftig sollen es knapp 15 Millionen Euro sein. Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde einstimmig zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen. *Gesetzentwurf Landesregierung Drucksache 7/4443*

## Aufarbeitung der SED-Diktatur

Akteneinsicht, Entschädigungsmöglichkeiten, Schicksalsklärung: 1152 Menschen nutzten 2018 die Beratungsangebote der Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur. Das waren 93 mehr als im Jahr davor. Insgesamt gingen bei den drei Außenstellen der Behörde in Neubrandenburg, Rostock und Schwerin 4.279 Anträge auf Akteneinsicht ein: 2919 Erstanträge

und 1360 Wiederholungsanträge. Das geht aus dem Jahresbericht der Behörde für 2018 hervor. Die Zahlen sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken: 2017 wurden 4304 Anträge gestellt. Die Behörde der Landesbeauftragten ist Ansprechpartner für all jene Menschen, die im Zusammenhang mit der sowjetischen Besatzungszone oder der DDR politische Repressionen, Leid und Unrecht erlebt haben. Einmal im Jahr erstattet die Landesbeauftragte dem Landtag Bericht über ihre Tätigkeit. Der Landtag hat den Jahresbericht 2018 einstimmig für erledigt erklärt.

*Unterrichtung Landesbeauftragte Drucksache 7/3190*

*Beschlussempfehlung Rechtsausschuss Drucksache 7/4461*

## Mehr Südbahn gefordert

Die Stilllegung der Südbahn ist vorerst vom Tisch. Forderungen nach Verbesserungen bleiben. Die Landesregierung hatte im November verkündet, die Strecken zwischen Parchim, Karow, Malchow und Waren zu erhalten und besser mit Bussen und Rufbussen zu verzahnen. Das Konzept und seine Finanzierung sind zunächst bis 2027 gesichert. Der Fraktion DIE LINKE geht das nicht weit genug. Sie forderte in der Dezembersitzung des Landtags eine durchgehende Bahnverbindung von Hagenow über Ludwigslust-Parchim-Lübz-Malchow-Waren bis nach Neustrelitz. Die jetzt gefundene Lösung

sei nur für den Tourismus gut, aber nicht für Pendler oder den Alltag der Menschen in der Region. Dem widersprachen die Koalitionsfraktionen. Im Zusammenspiel von Bus, Bahn, Rufbus und geänderten Taktzeiten der Buslinie 77 gelangten Menschen nun von jedem kleinen Dorf zur Arbeit, zum Sportverein und auch zum Friseur. Infrastrukturminister Christian Pegel machte deutlich, dass es beim Thema Zugverbindungen viele Wünsche im Land gebe. Mit der Teillösung sei ein wichtiger Auftrag abgearbeitet. Die AfD schloss sich den Forderungen der Linken an.

*Antrag DIE LINKE Drucksache 7/4341*

## Herkunft benennen

Die AfD hat dafür geworben, dass die Polizei in ihren Pressemitteilungen – sofern bekannt – Informationen zu Herkunft und Nationalität von Straftätern veröffentlicht, um „mit maximaler Transparenz die Wirklichkeit in unserem Land zu beschreiben“. Innenminister Lorenz Caffier erklärte, dass MV das Thema bereits auf die Innenministerkonferenz gesetzt habe, bislang aber keine Mehrheiten für eine bundesweit einheitliche Regelung finde. Die CDU betonte, dass es auch jetzt schon möglich sei, bei begründetem öffentlichem Interesse Nationalitäten und Herkunft zu benennen. Die SPD warf der AfD eine Stigmatisierung von Ausländern und Menschen mit Migrationshintergrund vor. Für DIE LINKE wolle die AfD eine Entwicklung in Gang setzen, die es längst gebe. Sie plädierte für eine „differenzierte und unangeregte Kriminalitätsberichterstattung“, die auch die Nennung von Nationalitäten umfassen könne. „Dann aber selbstverständlich auch die Nationalität deutscher Straftäter, denn die machen in MV unter den Mehrfachtätern die mit Abstand größte Gruppe aus.“ Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPD, CDU und DIE LINKE abgelehnt. *Antrag AfD Drucksache 7/4442*

## Laufende Gesetzgebung

Stand: 09.01.2020

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/2573	SPD, CDU	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2574	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2575	SPD, CDU	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/3694	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung anderer Gesetze	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 19.06.2019 in Beratung
7/4017	DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Beteiligtentransparenz-dokumentation beim Landtag (Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz Mecklenburg-Vorpommern - BeteilDokG M-V)	Rechtsausschuss	1. Lesung: 05.09.2019 in Beratung
7/4204	DIE LINKE	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Förderung und Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit, des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes, der Freistellung ehrenamtlicher Mitarbeiter und der Fortbildung hauptberuflicher Fachkräfte und Mitarbeiter (Kinder- und Jugendförderungsgesetz - KJfG M-V)	-	1. Lesung: 17.10.2019 Ablehnung der Überweisung
7/4206	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Ausführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (Landesausführungsgesetz SGB II - AG-SGB II)	-	1. Lesung: 17.10.2019 Ablehnung der Überweisung
7/4207	AfD	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Kommunalen Versorgungsverbandsgesetzes	-	1. Lesung: 17.10.2019 Ablehnung der Überweisung
7/4208	AfD	Entwurf eines Gesetzes zum Schutz vor gesundheitlichen Gefahren durch Kohlenstoffmonoxid in Shisha-Einrichtungen	-	1. Lesung: 17.10.2019 Ablehnung der Überweisung
7/4209	AfD	Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung einer Zuwendung für die nicht erwerbsmäßige Pflege eines Angehörigen zur Förderung der Pflegebereitschaft (Landespflegefördergeldgesetz)	-	1. Lesung: 17.10.2019 Ablehnung der Überweisung
7/4292	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens „Strategiefonds des Landes Mecklenburg-Vorpommern“ (Strategiefonds-Errichtungsgesetz- StratG M-V)	-	1. Lesung: 13.11.2019 Ablehnung der Überweisung
7/4300	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Bereichen mit besonderem öffentlichen Bedarf des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landarztgesetz Mecklenburg-Vorpommern - LAG M-V)	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 13.11.2019 in Beratung
7/4301	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung weiterer Gesetze	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 13.11.2019 in Beratung
7/4444	LReg.	Entwurf eines Gesetzes über die Regulierungskammer Mecklenburg-Vorpommern (RegKG M-V) und zur Änderung der Energiewirtschaftszuständigkeitslandes-verordnung	Energieausschuss	1. Lesung: 11.12.2019 in Beratung
7/4445	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung des Zensusgesetzes 2021 in Mecklenburg-Vorpommern (Zensusausführungsgesetz 2021 - ZensAG 2021 M-V)	Innen- und Europaausschuss	1. Lesung: 11.12.2019 in Beratung
7/4443	LReg.	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Mecklenburg-Vorpommern	Energieausschuss	1. Lesung: 12.12.2019 in Beratung

Foto: Uwe Sinnecker

# Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 11. und 12. Dezember 2019 entschieden

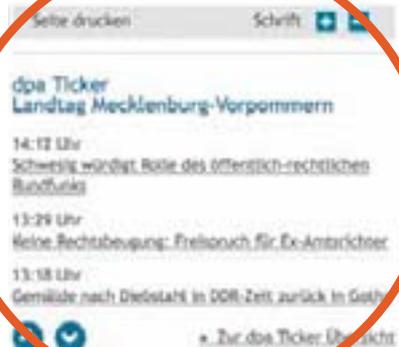
Stand: 09.01.2020

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/3584	Entwurf eines Gesetzes zur Zustimmung zum Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen, dem Land Sachsen-Anhalt und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Norddeutsche Landesbank - Girozentrale -	LReg.	1. Lesung: 22.05.2019 2. Lesung: 11.12.2019	Annahme
7/3899	Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2020/2021	LReg.	1. Lesung: 04.09.2019 2. Lesung: 11.12.2019	Annahme
7/3900 (neu)	Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2020 und 2021 (Haushaltsgesetz 2020/2021)	LReg.	1. Lesung: 04.09.2019 2. Lesung: 11.12.2019	Annahme
7/3695	Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes	LReg.	1. Lesung: 19.06.2019 2. Lesung: 12.12.2019	Annahme



## So bleiben Sie immer auf dem neuesten Stand:

Auf der Homepage des Landtages MV befindet sich ein Ticker der Deutschen Presseagentur (dpa), mit Informationen zu den wichtigsten Ereignissen in Mecklenburg-Vorpommern und darüber hinaus. Auf der Startseite [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de) ist dieser direkt auf der rechten Seite zu finden.



## Entwurf eines Landarztgesetzes

Öffentliche Anhörung im Wirtschaftsausschuss

■ Derzeit droht in 15 von 27 hausärztlichen Planungsbereichen die Unterversorgung. In den nächsten fünf Jahren scheiden etwa 250 Hausärzte altersbedingt aus. Mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung in Bereichen mit besonderem öffentlichen Bedarf des Landes MV (Landarztgesetz MV-LAG M-V) - Drucksache 7/4300 - soll die dauerhafte und flächendeckende hausärztliche Versorgung in unterversorgten und von Unterversorgung bedrohten Gebieten des Landes sichergestellt werden. Der Wirtschaftsausschuss hat am 5. Dezember eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung durchgeführt.

Die Sachverständigen haben den Gesetzentwurf begrüßt und sehen darin einen wichtigen Baustein zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum. Allerdings sei frühestens in etwa 11 Jahren mit einer Wirkung zu rechnen. Prof. Dr. Crusius, Präsident der Ärztekammer MV, hat festgestellt, dass nach dem Gesetzentwurf die Weiterbildung nicht räumlich an MV gebunden sei. Zu überlegen sei ebenfalls, eine Privilegierung der „Landeskinder“ vorzusehen. Prof. Dr. Chenot von der Universitätsmedizin Greifswald und Stefan Zutz, Vorsitzender des Hausärzterverbands MV e.V., haben empfohlen, während des gesamten Studiums ein Begleitprogramm durchzuführen, das auf die Besonderheiten einer hausärztlichen Tätigkeit im ländlichen Raum vorbereiten sollte.

Seitens des Städte- und Gemeindetages sowie des Landkreistages wurde die Entwicklung eines Kontakthalteprogramms angeregt, mit dem Medizinstudierende bestärkt werden sollten, eine langfristige Bindung zur Region aufzubauen, um sich nach dem Studium dort niederzulassen. Die Sachverständigen haben darauf hingewiesen, dass es einen Trend zur Anstellung (überwiegend in Teilzeit) gebe, womit ein Rückgang der ärztlichen Arbeitszeit verbunden sei. Dr. Elke Brandt, Fachärztin für Allgemeinmedizin, und Axel Rambow, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung MV e.V., haben insbesondere darauf verwiesen, dass ein niedergelassener Arzt im Bundesdurchschnitt mehr als 50 Stunden in der Woche arbeite. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt versorgten die Ärzte in MV ca. 20 bis 30 Prozent mehr Patienten.

Die Sachverständigen haben sich für eine Erhöhung der Medizinstudiengplätze ausgesprochen, weil gegenwärtig und künftig mehr Ärzte benötigt würden. Prof. Dr. Oesterreich, Präsident der Zahnärztekammer MV, hat darüber informiert, dass der Altersdurchschnitt der niedergelassenen Zahnärzte im Land bei 54 Jahren liege und in den nächsten fünf bis zehn Jahren etwa 60 Prozent der Zahnärzte in den Ruhestand gingen. Den zahnärztlichen Nachwuchs ziehe es eher in die Städte als auf das Land. Die Idee einer Ausweitung des Gesetzentwurfes auf das Zahnmedizinstudium wurde von allen Sachverständigen begrüßt. Zu erwägen sei zudem, den Gesetzentwurf auch auf andere grundversorgende Fachgebiete auszudehnen. Alle Sachverständigen waren sich einig, dass die Attraktivität des ländlichen Raumes gesteigert und sogenannte „dual career“-Angebote für die Lebenspartner unterbreitet werden müssten, um Hausärzte für eine Tätigkeit „auf dem Land“ zu gewinnen.

Der Ausschuss hat den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 7/4300 in seiner Sitzung am 16. Januar abschließend beraten und die Beschlussempfehlung erarbeitet. Die Zweite Lesung des Gesetzentwurfes ist am 29. Januar vorgesehen.

## Beteiligentransparenzdokumentation

Öffentliche Anhörung im Rechtsausschuss

■ Am 5. September hatte der Landtag den Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE „Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung einer Beteiligentransparenzdokumentation beim Landtag“ (Drs. 7/4017) in Erster Lesung behandelt und zur Detailberatung in die Ausschüsse überwiesen. Der Rechtsausschuss führte hierzu am 4. Dezember eine Anhörung durch.

Der Gesetzentwurf regelt die Einrichtung einer öffentlich abrufbaren Dokumentation, in der alle am Gesetzgebungsverfahren mitwirkenden natürlichen und juristischen Personen und ihre schriftlichen Eingaben erfasst werden sollen. Ziel des Gesetzentwurfs ist die Erhöhung von Transparenz und die Bereitstellung von Informationen für die Öffentlichkeit, die

schließlich eine gesteigerte Akzeptanz politischer Entscheidungsprozesse herbeiführen können.

Der Einladung zur öffentlichen Anhörung waren gefolgt: Vertreter der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, der Universität Greifswald, der Freien Universität Berlin, der Thüringer Landtags-

verwaltung, des Vereins Transparency International Deutschland e.V. sowie der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit MV. Der Verein Deutsche Gesellschaft für Politikberatung e.V. hatte eine schriftliche Stellungnahme eingereicht.

Die Sachverständigen begrüßten einhellig das Ziel des Gesetzentwurfs, besonders vor dem Hintergrund des zunehmenden Vertrauensverlustes in politische Institutionen seitens der Bürgerinnen und Bürger.

## Wechsel bei Autobahnmeisterei

Energieausschuss besucht Standort Fahrbinde

■ 2021 wird die Betreuung der Bundesautobahnen auf die Autobahn GmbH des Bundes übergehen. Damit werden auch die Liegenschaften sowie das Personal der Autobahnmeistereien in MV weitestgehend in die Zuständigkeit des Bundes wechseln. Die Verwaltung der sieben Autobahnmeistereien im Land wird über die Außenstelle Güstrow erfolgen, die dann zur Niederlassung NORD-OST der Autobahn GmbH gehören wird.

Um sich ein exemplarisches Bild von den derzeitigen Aufgaben, der Arbeit sowie den mit dem Übergang verbundenen Problemen der Autobahnmeistereien und ihrer Mitarbeiter zu verschaffen, hat der Energieausschuss im Rahmen seiner 65. Sitzung am 20. November 2019 die Autobahnmeisterei Fahrbinde an der A24 besucht. Die Ausschussmitglieder wurden über die Gliederung des Betreuungsgebietes, die derzeitige Personalstruktur, die Leistungsbereiche, die Absicherung von Gefahr- und Unfallstellen sowie über den Winterdienst informiert. Eine Besichtigung des Betriebshofes rundete den Besuch ab.

Von der Autobahnmeisterei Fahrbinde werden insgesamt 103 km Bundesautobahn von 40 Mitarbeitern betreut, darüber hinaus im Bedarfsfall auch die Autobahnmeisterei Hagenow unterstützt. Im derzeit vom Land angewandten Zweischicht-System leisteten die Mitarbeiter an 60 Stunden in der Woche ihren Dienst, wobei jeweils 4 Mitarbeiter den Bereitschaftsdienst an 7 Tagen in der Woche und 24 Stunden am Tag sicherstellten. Wesentliche Leistungsbereiche der Autobahnmeisterei umfassten die Verkehrssicherung (z. B. bei Unfällen), die Kontrolle und Pflege der Straßenflächen und -bauwerke, die Grünpflege,



Foto: Landtag MV

Die Mitglieder des Energieausschusses zu Besuch bei der Autobahnmeisterei Fahrbinde.

die Wartung und Instandhaltung der Straßenausstattung (Verkehrszeichen, Schutzzäune, etc.), die Straßenreinigung (Verkehrsflächen, Entwässerungseinrichtungen, Rastanlagen, Abfälle, etc.), den Winterdienst (Kontrollfahrten, Räumen und Streuen, etc.) sowie weitere Leistungen. „Die Mitarbeiter der Autobahnmeistereien garantieren mit ihrem hohen Engagement den reibungslosen Verkehr auf den Autobahnen in unserem Land und beseitigen Unfallschäden; Tag und Nacht. Ihrer gefährlichen Arbeit gebührt unser aller Respekt“, so das Resümee des Ausschussvorsitzenden Rainer Albrecht.

## Mehr Schwimmunterricht gefordert

Öffentliche Anhörung im Bildungsausschuss

■ Auf Antrag der erloschenen Fraktion der Freien Wähler/BMV (Drucksache 7/3716) in Kombinationen mit einem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 7/3774) hat sich der Bildungsausschuss am 20. November mit dem Thema Schwimmfertigkeiten von Grundschulern beschäftigt. Ziel des Antrages ist die Verbesserung der Schwimmfertigkeiten von Grundschülerinnen und -schülern. So wird darauf verwiesen, dass fast 60 Prozent der Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2017/2018 die Grundschule abgeschlossen haben, keine sicheren Schwimmer waren.

Marc Roschanski von der Landesstelle für Schulsport bei der Bezirksregierung Düsseldorf hat über die Erfahrungen in NRW berichtet. In den Koalitionsvertrag der Landesregierung sei aufgenommen worden, dass jedes Kind bis zum Ende der Grundschulzeit sicher schwimmen können solle. Nordrhein-Westfalen habe beispielsweise ein Beratersystem entwickelt, so sei unter anderem ein Schwimmassistentenpool eingerichtet worden, dem Sportstudenten, Schwimmlehrer oder Eltern angehören würden. Diese könnten bei Bedarf als Assistenten ausgebildet werden und beispielsweise schwimmschwache Kinder unterstützen.

Matthias Schubert vom DRK Landesverband MV forderte, dass die Landesregierung die Ausbildung neuer Schwimmlehrkräfte forcieren sowie die Kommunen beim Bau neuer Schwimmhallen unterstützen solle. Er wies darauf hin, dass hohe Kosten für die Anmietung der Schwimmhallen sowie die Absicherung des Hin- und Rückweges zur Schwimmhalle problematisch für die Schulen seien. Daneben seien aber auch die Eltern in der Verantwortung, das Erlernen der Schwimmfertigkeiten zu unterstützen.

Annett Schulz von der Schulleitungsvereinigung MV e.V. erklärte, das Ertrinken stelle die zweithäufigste Art tödlich verlaufender Unfälle im Kindesalter dar. Ziel solle sein, dass Schülerinnen und Schüler Wassersicherheit erlangen. Aufgrund langer Fahrwege und damit verbundener Begleitstunden sei es wünschenswert, wenn der Schwimmunterricht in der Kontingenzstundentafel berücksichtigt werden könne.

Torsten Krüger vom DRK Kreisverband Mecklenburgische Seenplatte e.V. führte aus, dass aufgrund des Mangels an Schwimmhallen in der näheren Umgebung, 80 Prozent der Kurse im freien Gewässer stattfinden würden. Er regte an, in die Arbeit im Vorschulbereich mehr zu investieren. Das DRK führe das Projekt „Rette sich, wer's kann“ durch, in dessen Rahmen Kinder in Kindergärten und Vorschulgruppen mit dem Wasser vertraut gemacht würden.



Rund 50 Sternsingerinnen und -singer sind zum traditionellen Empfang in den Planarsaal des Landtages MV gekommen.

## Königlicher Besuch im Landtag

■ Das neue Jahr startete im Landtag mit der jüngsten Generation: rund 50 Sternsingerinnen und Sternsinger aller Altersstufen aus 13 verschiedenen Kirchgemeinden sind am 7. Januar zum traditionellen Sternsinger-Empfang der Landtagspräsidentin ins Schweriner Schloss gekommen. Der Landtag würdigte mit dem Empfang den besonderen Einsatz der Kinder und Jugendlichen für Gleichaltrige weltweit, die unter Krieg, Vertreibung oder anderen Katastrophen leiden müssen.

Prächtig gekleidete Königinnen, Könige und Sternenträger zogen gemeinsam mit ihren Betreuerinnen und Betreuern ins Schweriner Schloss ein. Sie standen stellvertretend für alle Sternsingerinnen

und Sternsinger, die in diesem Jahr wieder in der Woche um Dreikönig im Rahmen der Dreikönigsaktion in MV unterwegs waren, um Spenden für Kinder in Not zu sammeln und die Häuser zu segnen. „Wir Sternsinger bringen euch jetzt den Segen, für Glück und Frieden in eurem Leben“, mit diesen Worten wurde der Segensspruch am Tor des Landtags angebracht. Auf diese Weise wünscht er allen Eintretenden ein frohes neues Jahr. Bei der anschließenden Andacht in der Schlosskirche bestärkten Pastor Seyffert, Pfarrer der Schlosskirchengemeinde, und Propst Bergner, Pfarrer der Kirchgemeinde St. Anna Schwerin, die Sternsingerinnen und Sternsinger in Ihrem Tun und würdigten ihr Engagement. Landtagspräsidentin Birgit Hesse bedankte sich bei den Sternsingerinnen und Sternsingern für ihren zahlreichen Einsatz für andere und ihr Kommen. Sie freute sich natürlich über jede und jeden Einzelnen, der dabei sei, sagte Birgit Hesse, aber: „man möge es mir verzeihen: ich habe mein Herz besonders an das Kamel verloren“, so die Landtagspräsidentin. Damit spielte sie auf die evangelische Kirchgemeinde aus Neukloster



Fotos: Angelika Lindenbeck

Die Sternsinger der Evangelischen Kirchgemeinde Neukloster stachen mit ihrem Kamel hervor.

an, die neben den Sternsingerinnen, Sternsingern und dem Sternträger mit einem Kamel angereist war.

Von der Kirche ging es weiter in den Planarsaal, wo sich auch Abgeordnete des Landtages unter die Kinder mischten. Hier erfuhren die Sternsingerinnen und Sternsinger von der Landtagspräsidentin einiges über ihre Arbeit bei einer Landtagsitzung. Das Team des Besucherdienstes stellte die Arbeitsweise des Landtages und des Parlaments vor. Anschließend beantworteten die Abgeordneten gemeinsam mit der Präsidentin die zahlreichen Fragen der Kinder und Jugendlichen. „Ist schon mal jemand eingeschlafen in einer Sitzung?“ wollte



Ein Kamel als seltener Gast im Plenarsaal des Schweriner Schlosses.



Fotos: Angelika Lindenbeck

Gespannt verfolgten die jungen Gäste das Puppentheater im Schlosscafé.



Puppenspielerin Margrit Wischnewski präsentierte den Kindern das Stück „Der Teufel mit den drei goldenen Haaren“.

ein Junge wissen, als er hörte, dass eine Plenarsitzung meist ohne Pause rund 10 bis 11 Stunden dauern kann. Oder „Sitzen auch Rentner im Parlament?“ und „Kann man in der Schule nicht auch den Zwischenruf einführen?“ waren nur einige der Fragen. Dass Letzteres keine gute Idee wäre, demonstrierte Birgit Hesse dann spontan mit Torsten Renz. Während er das Thema näher erklären wollte, zeigte Birgit Hesse, wie störend Zwischenrufe während einer Rede sind.

Als krönenden Abschluss des Empfangs erlebten die Sternsingerinnen und Sternsinger das Figurentheaterstück „Der Teufel mit den drei goldenen Haaren“ von Margit Wischnewski.

## Neuer Betreiber

### Gastronomie im Schweriner Schloss neu aufgestellt

Seit dem 1. Januar 2020 verantwortet die Schweriner Schloss Restaurant GmbH die Gastronomie am und im Schweriner Schloss. Die landeseigene Gesellschaft betreibt alle drei bisherigen Standorte im Bereich der Orangerie, dem Bischofskeller und dem Schlosscafé weiter – allerdings mit einer veränderten Konzeption. Der zur Gründung der GmbH erforderliche Gesellschaftervertrag wurde am 16. Dezember 2019 notariell beurkundet, die notwendigen registerrechtlichen Eintragungen sind auf den Weg

gebracht, weshalb das Unternehmen derzeit als GmbH in Gründung (i.G.) firmiert. Zum Geschäftsführer wurde der Schweriner Gastronom Arne Lawrenz bestimmt. Voraussichtlich Ende Januar konstituiert sich der Aufsichtsrat der Gesellschaft, in dem alle Fraktionen des Landtages MV vertreten sein werden. Im Zuge der Aufstellung des Haushaltes 2020/2021 für das Land MV war die Gründung der landeseigenen GmbH beraten und im Ergebnis vom Landtag mit breiter Mehrheit beschlossen worden. Seit dem 1. Januar werden im Bischofskeller und dem Schlosscafé gastronomische Leistungen seitens des neuen Betreibers angeboten. Die für die vormalige Päch-

terin tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden nahezu vollständig übernommen. Die Gesellschaft erhält für das Jahr 2020 einmalig einen finanziellen Zuschuss, führt Pacht ab und muss sämtliche Kosten für Personal- und Sachausgaben sowie Investitionen erwirtschaften. Dies unterscheidet das am Markt agierende Unternehmen von an vergleichbaren Standorten in anderen Bundesländern wirkenden Staatsbetrieben.

Weitere Informationen zum Schweriner Schloss Restaurant finden Sie hier: [www.schweriner-schloss-restaurant.de](http://www.schweriner-schloss-restaurant.de)

## Eine Kirche in Staatsbesitz

In der Zeit der DDR gehörte die Schlosskirche dem Staat

■ Im Oktober 2020 jährt sich zum 30. Mal der Tag, an dem der Landtag des neu gegründeten Bundeslandes MV ins Schweriner Schloss einzog. Das Jahr vor dem Einzug war eines der spannendsten und abwechslungsreichsten der jüngeren deutschen Geschichte. Am 9. November 1989 war nach 28 Jahren die innerdeutsche Grenze geöffnet worden. Bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 überschlugen sich in der DDR die Ereignisse. Manche Details drohen in Vergessenheit zu geraten. Deshalb wollen wir Zeitzeugen zu Wort kommen lassen, die diese so ereignisreiche Phase in Bezug zum Schweriner Schloss miterlebt haben und diese Details erinnern. Diesmal: Peter Voß, ehemaliger Pastor der Schlosskirchengemeinde und Wulf Kawan, ehemaliger Baubeauftragter der Schlosskirchengemeinde.

Keine andere Institution hat Räume des Schweriner Schlosses so lange genutzt wie die Schlosskirchengemeinde die Schlosskirche. Seit der Einweihung der Herzogsresidenz im Jahr 1858 hatten lediglich die sowjetischen Besatzungstruppen 1946 und 1947 für wenige Monate die Kirchentüren verschlossen gehalten. „Aber Ende der 1980er Jahre waren wir wieder in großer Unruhe“, berichtet Peter Voß, der damalige Pastor der Schlosskirchengemeinde.

Ab 1989 sollte der Plan des Rates des DDR-Bezirks Schwerin umgesetzt werden, wie in Güstrow geschehen, aus dem Schweriner Schloss ein kulturhistorisches Zentrum zu machen. 1982 waren bereits die Schule und das Internat für die Kindergärtnerinnen aus dem Schloss ausgezogen. Die historischen Räume des Herzogs wurden seit geraumer Zeit restauriert und für das Publikum geöffnet. Es gab ein Archäologisches Museum, ein Technikmuseum, ein Café und einen neuen



Den Himmel der Schlosskirche zieren 8758 Sterne.

Foto: Jörn Lehmann

Festsaal. Auch die neugotischen Fenster der Schlosskirche wurden in den 1980er Jahren aufgearbeitet. Nun aber sollte auch die Schlosskirche der Schweriner Philharmonie und anderen Interessenten für Konzerte, Lesungen und andere Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden.

Auch wenn ihr sonntags weiterhin erlaubt werden sollte, ihre Gottesdienste zu feiern, vermutete die Schlosskirchengemeinde, sie solle nach und nach endgültig aus dem Schloss hinausgedrängt werden. Die Gemeinde hatte dagegen keine Handhabe. „Wir haben hier das Sagen, wurde mir von dem Verantwortlichen des Bezirks klargemacht“, erzählt Peter Voß. Das Schloss gehörte seit 1918 dem Staat und damit war auch die Kirche Staatseigentum – so außergewöhnlich dies für DDR-Verhältnisse gewesen sein mag. Nach 1918 hatte die Kirchengemeinde zu keiner Zeit einen Nutzungsvertrag mit dem jeweiligen Besitzer des Schlosses geschlossen. Sie hätte sich nur auf ein Gewohnheitsrecht berufen können.

In mancher Hinsicht war es nach Ansicht von Peter Voß jedoch manchmal auch von Vorteil, dass die Schlosskirche zu DDR-Zeiten dem Staat gehörte. Als es einen totalen Stromausfall gab, forderte Voß den zuständigen Abteilungsleiter für Inneres beim Rat der Stadt Schwerin auf, ihn zu beheben; ansonsten würde die Gemeinde unter ihren Mitgliedern Geld sammeln. „Das aber wäre dem SED-Mann zu peinlich gewesen, wenn



Peter Voß (links) war von Oktober 1970 bis Januar 1996 Pastor an der Schlosskirche. Wulf Kawan (rechts) war zur Wendezeit Baubeauftragter der Schlosskirchengemeinde.

Fotos: Andreas Frost

sein sozialistischer Staat nicht in der Lage sein sollte, „seine“ Kirche instand zu halten“, so Peter Voß.

Die politische Wende in der DDR und die Wiedervereinigung stoppten die Pläne für das kulturhistorische Zentrum. Die Kirchengemeinde bekam vom Landtag als neuem Hausherrn des Schlosses einen festen Nutzungsvertrag. Anfangs wollten die Gemeindeglieder daran kaum glauben. Pastor Voß notierte in der Gemeindechronik: „Der Kirchengemeinderat hat Mühe anzunehmen, dass wir seit dem 3. Oktober 1990 eine andere Art von Staat zum Gegenüber haben als in der Zeit der DDR. Es gilt, das unterscheiden zu lernen und das in Jahren gewachsene Misstrauen zu überwinden.“ Für Peter Voß brach eine neue Zeit an. Er war in den 1950er Jahren Pastor geworden, als die ideologische Auseinandersetzung zwischen dem sozialistischen Staat und der Kirche auf einem Höhepunkt des Entweder-Oder angelangt war. „Hier gab es keinen Markt der religiösen Möglichkeiten wie

im Westen, sondern klare Fronten: Jugendweihe oder Konfirmation!“, so Peter Voß.

Bis zur Wende hatte Voß nicht erlebt, dass Christen Führungsstellen innehaben, Pastoren zum Beispiel vielerorts die Runden Tische leiteten oder ein Katholik wie Rainer Prachtl sogar Landtagspräsident wurde und dafür sorgte, dass vor den Landtagsitzungen in der Schlosskirche ökumenische Andachten gehalten wurden.

Die friedliche Revolution gab Peter Voß neue Hoffnung: „Unter der Teilung hatten wir doch alle gelitten. Das war doch kein Zustand.“ So wie die DDR morsch geworden sei, so Voß, wuchs der Kredit der Kirche in der Bevölkerung. Das merkte er bei Hausbesuchen in seinen früheren Gemeinden Parum und Perlin. Das merkte er, wenn er bei seinen Fahrten über Land Anhalter mitnahm, die ihm ihr Herz ausschütteten, wenn er sich als Pastor zu erkennen gab. Dennoch spielte die Schlosskirche in Schwerin im Herbst 1989 nicht dieselbe Rolle wie andere Kirchen, die Sammelpunkt und ein geschützter Raum für Oppositionelle und Unzufriedene waren. Die Schlosskirche gehörte dem Staat und Voß wusste nicht, welche DDR-Sicherheitsorgane möglicherweise sich sehr leicht und unbemerkt Zutritt verschaffen konnten, um Wanzen anzubringen. Außerdem war die Schlosskirche nur über den Schlossinnenhof zu erreichen. Vorher musste die Wache am Schlosseingang passiert werden.

Dennoch waren Christen aus der Schlosskirchengemeinde wie Wulf Kawan im Herbst 1989 aktiv. Er gehört zum Urgestein der Gemeinde. Er wurde 1951 in der Schlosskirche getauft, wurde in ihr konfirmiert und hat seine vier Kinder in der Schlosskirche taufen lassen. Seit Mitte der 1980er Jahre gehörte er zum Kirchengemeinderat, lange Zeit war der Bauingenieur in Mecklenburg Synodaler und ist es auch heute noch. Im Oktober 1989 bereitete er die Friedensgebete im Schweriner Dom mit vor, an die sich die Demonstrationen durch die Stadt anschlossen. Das waren für Wulf Kawan „immer bange Mutproben“. „Es herrschte eine knisternde Stimmung in der Stadt, sie schwankte zwischen Freude, Hoffnung und Besorgnis, niemand wusste

wirklich, wie es ausgehen würde“, so Wulf Kawan. Aber die Zahl der Teilnehmer stieg – bis zum 13. November 1989. Vier Tage nach der Öffnung der Mauer saßen nur noch ein paar Dutzend Unentwegter im Dom – die Sehnsucht nach Freiheit war riesig. Für Wulf Kawan war das auch eine Ernüchterung. „Ich habe überlegt, wie es weitergehen würde. Wir wollten doch hier etwas verändern. Aber konnten wir eine bessere DDR bauen? Im Nachhinein betrachtet hatte das nie eine Chance“, erinnert sich Wulf Kawan.

Die politischen Veränderungen begrüßte Wulf Kawan mit einem großen Glücksgefühl. „Aber mit den unterschiedlichen Interessen umzugehen, Pluralität auszuhalten, musste man erst lernen.“ Vielfältiger ging es auch in der Schlosskirchengemeinde zu. Manche frühere Mitglieder zogen fort, viele neue kamen als Neubürger der neuen Landeshauptstadt hinzu. Die Kirche musste sich in mancher Hinsicht neu organisieren. „Wir hatten über viele Jahre eine Gemeindegemeinschaft, die sich um die bedürftigen Gemeindeglieder kümmerte. Nun musste eine Diakonie beziehungsweise eine Sozialstation aufgebaut werden. Außerdem sollten Kirchengemeinde und Diakonie getrennt werden. Vieles drehte sich um zum Teil hohe Geldbeträge – und das kannten wir gar nicht“, so Wulf Kawan. Auch das Kirchenrecht wurde nach und nach geändert. Für viele Diskussionen sorgte die Frage, ob die Kirche Soldatenseelsorge betreiben sollte. Insgesamt mehr Kirchgänger, wie Kawan und Voß im Herbst 1989 gehofft hatten, wurden es jedoch nicht.

Die Schlosskirche als Gebäude war 1990 renovierungsbedürftig, aber keinesfalls baufällig, berichtet Wulf Kawan, der Baubeauftragter der Gemeinde war. Er erinnert noch die uralte Heizung im Keller, in deren Ofen man von Zeit zu Zeit kriechen musste, um die Schamottesteine wieder festzumörteln. Die „Staubschleuder“ wurde noch vor der Wende ausgetauscht. „Heutzutage sollte man vielen Leuten die Kirche zeigen: da ist Glaubensgeschichte, Kirchengeschichte, Baugeschichte, deutsche Geschichte und Geschichte Mecklenburgs drin“, so Wulf Kawan.

Andreas Frost



Foto: Landtag MV

Die Schlosskirche ist ein in der Nordseite des Schweriner Schlosses eingefügter Bau. Der seitlich stehende Glockenturm ist mit einer vergoldeten Zwiebelhaube verziert.

### Ereignisse im Januar 1990

**1.1.1990** Am Neujahrsmorgen können die Mecklenburger und Vorpommern die erste Ausgabe der ersten Zeitungs-Neugründung in der Region lesen. Der "Mecklenburger Aufbruch" war am Vortag erschienen.

**3.1.1990** In Dömitz wird damit begonnen, die Grenzsicherungsanlagen auf dem Elbdeich abzubauen.

**12.1.1990** Die Volkskammer ändert die Verfassung der DDR, um ausländische Beteiligungen an DDR-Betrieben zu ermöglichen.

**15.1.1990** Tausende Demonstranten stürmen die Stasi-Zentrale in Berlin-Hohenschönhausen. Gegen die SED und die Stasi wird auch in Stralsund und Rostock demonstriert.

**20.1.1990** Mehrere Tausend Beschäftigte aus der Landwirtschaft demonstrieren in Neubrandenburg für eine Beteiligung am Runden Tisch und für "reale" Preise für ihre Produkte.

**29.1.1990** Der Zentrale Runde Tisch in Berlin veröffentlicht einen Aufruf zur Gewaltlosigkeit bei der Vorbereitung und Durchführung der bevorstehenden Volkskammerwahl im März 1990.

Foto: Cornelius Kettler



Foto: Landtag MV



Foto: Landtag MV



Am 13. Dezember hat Landtagspräsidentin Birgit Hesse, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des Vereins der Freunde des Schweriner Schlosses und dem Posaunenquartett „tromboni KON brio“ des Schweriner Konservatoriums die „Höfische Weihnacht“, den ersten Weihnachtsmarkt im Schlossinnenhof seit seiner Sanierung, eröffnet. Von Puppentheater über Jazz-, Orgel- und Blasmusik bis hin zu diversen Essensangeboten reichend, wurde den Besucherinnen und Besuchern des Weihnachtsmarktes im Innenhof des Schweriner Schlosses ein breites kulturelles, künstlerisches und kulinarisches Programm geboten. Bis zum 22. Dezember konnte der Weihnachtsmarkt täglich von 11:00 bis 21:00 Uhr besucht werden.

Der Landtag MV hat die Einsendefrist für Einreichungen zum Schülerwettbewerb „30 Jahre Friedliche Revolution 1989“ bis 30. April 2020 verlängert. Die Friedliche Revolution 1989, die zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten führte, soll damit besonders gewürdigt werden. Der Landtag MV lädt daher alle Schülerinnen und Schüler in MV ein, auf Spurensuche zu gehen und zu erforschen, wie die Friedliche Revolution im Heimatort, der Familie, bei einzelnen Bekannten, in Vereinen, der Kirche etc. verlaufen ist. Für den Schülerwettbewerb eingereicht werden können Interviews, Texte, Artikel mit einer Gesamtlänge von 10.000 Zeichen. Teilnehmen können einzelne oder mehrere Schülerinnen und Schüler, Schülerzeitungsredaktionen (auch einzelne Mitglieder) oder ganze Klassen. Grundsätzlich richtet sich der Wettbewerb an die Klassenstufen 9 bis 12 aller Schularten. Teilnehmer aus anderen Klassenstufen werden jedoch auch berücksichtigt. Die Preise werden entsprechend der unterschiedlichen Altersgruppen und Schularten vergeben. Der 1. Platz ist mit 500 Euro dotiert, der 2. Platz mit 300 Euro und der 3. Platz mit 150 Euro. Die Jury hat die Möglichkeit, auch weitere Arbeiten mit Preisgeldern zu würdigen. Einsendungen und Fragen können an folgende Adresse gerichtet werden: [1989@landtag-mv.de](mailto:1989@landtag-mv.de). Die Broschüre zur Festveranstaltung „30 Jahre Friedliche Revolution“ in Waren kann auf der Internetseite des Landtages MV bestellt werden.

Im Jahr 2019 haben sich wieder eine Vielzahl von Verbänden, Unternehmen und Einzelpersonen in der Initiative WIR. Erfolg braucht Vielfalt engagiert. Im Rahmen eines vorweihnachtlichen Konzerts in der Schlosskirche am 12. Dezember hat Landtagspräsidentin Birgit Hesse das Engagement aller Unterstützerinnen und Unterstützer gewürdigt und sich bei den Unternehmen für ihre Spenden bedankt. Gemeinsam mit den WIR-Initiatoren Ingo Schlüter (stellv. Vorsitzender DGB Nord; 2.v.l.) und Jens Matschenz (Geschäftsführer für Wirtschaft und Arbeit der Vereinigung der Unternehmensverbände in MV; li.) überreichte sie die symbolischen Demokratieaktien an Michele Gerbino von der Dr. Klein Privatkunden AG (Mitte) und Dr. Diana Kuhrau (2.v.r.) von der WEMAG AG. Die Gesamtspenden im Jahr 2019 betragen insgesamt 17.850 Euro. Mit diesem Geld werden Projekte und Initiativen für ein tolerantes, weltoffenes und demokratisches Mecklenburg-Vorpommern unterstützt.